

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

„Pallas“-Untersuchungsausschuß

16. (8. öffentliche) Sitzung

am Montag, dem 15. März 1999, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Günter Fleskes (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Heinz Maurus (CDU)

Stellv. Vorsitzender

Klaus Schlie (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Abg. Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Berndt Steincke (CDU)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung: **Seite**

Vernehmung von Auskunftspersonen

Dr. Olaf Bastian 5

Landrat des Kreises Nordfriesland

Jürgen Jungclaus 32

Amtsvorsteher dem Amtes Amrum

Nickels Olufs 43

Amtsvorsteher des Amtes Föhr/Land

Beginn: 10:03 Uhr

Vorsitzender: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die sechzehnte und gleichzeitig die achte öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses und begrüße als erste Auskunftsperson Herrn Landrat Bastian.

Vernehmung der Auskunftsperson Dr. Olaf Bastian

Herr Bastian, Sie sind heute vor dem „Pallas“-Untersuchungsausschuß als Auskunftsperson erschienen. Das Beweisthema, zu dem Sie sich äußern sollen, ist Ihnen in der Ladung mitgeteilt worden. Bevor Sie sich zu dem Beweisthema äußern, muß ich Sie noch auf folgendes hinweisen:

Sie haben vor diesem Untersuchungsausschuß – genauso wie vor einem Gericht – wahrheitsgemäß auszusagen; das bedeutet, daß Sie dem Ausschuß alles, was Sie zu diesem Thema wissen, mitzuteilen haben. Sie dürfen nichts hinzufügen, Sie dürfen aber auch nichts weglassen. Das gilt sowohl für Ihre Angaben zur Person als auch für Ihre Aussagen zur Sache.

Sie können die Aussage verweigern, wenn Sie sich selbst oder einen Ihrer Angehörigen durch die Beantwortung der Gefahr aussetzen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden oder wenn die Beantwortung einem Ihrer Angehörigen schwerwiegende Nachteile bringen würde.

Sie müssen damit rechnen, daß Sie Ihre Aussage vor dem Ausschuß beideln müssen. In diesem Zusammenhang weise ich Sie – rein vorsorglich – besonders auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage oder eines Meineids hin, der mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet werden kann.

Diese Belehrung, Herr Landrat Bastian, erfolgt nicht aus Mißtrauen Ihnen gegenüber,

sondern weil ich dazu gesetzlich verpflichtet bin.

Bevor ich Sie zur Sache vernehme, muß ich Sie vorher zur Person vernehmen. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen, Ihr Alter, Ihren Wohnort und Ihren Beruf mitzuteilen. Bitteschön! – Nehmen Sie bitte den rechten Knopf!

Dr. Bastian: Mein Name ist Olaf Bastian, von Beruf Landrat – seit sechs Jahren –, bin 47 Jahre alt und wohne in Mildstedt bei Husum.

Vorsitzender: Ja, Dankeschön! Wir hatten im Vorgespräch vereinbart, Sie schildern uns das, was Sie aus den Folgen der Havarie der „Pallas“ als Landrat gemacht haben, und anschließend machen wir eine Fragerunde. Sie haben das Wort.

Dr. Bastian: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich möchte, als Vorbemerkung zunächst einmal den rechtlichen Rahmen, der Ihnen ja vertraut ist –. Normalerweise gibt es ja Unterordnungsbehörden, der Landrat als Katastrophenschutzbehörde. Das ist ja in Teilbereichen verdrängt durch die Vereinbarung zwischen Bund und Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen auf See.

Der räumliche Geltungsbereich erfaßt ja die Ufer und auch die Strände, so daß originäre Kompetenzen des Landrats ja gar nicht in Rede stehen. Ich kann keinerlei Angaben machen über die Geschehnisse auf See, sprich über den Löschvorgang, Entsorgung des Öls am Schiff selbst und dem Umfeld des Schiffes. Da war ich in keiner Weise dienstlich vertraut. Meine Kenntnisse und Erfahrungen beschränken sich auf die Zusammenarbeit vor Ort bei der Beseitigung des Öls, insbesondere Strände Amrum und Föhr.

Vielleicht zur Chronologie der Ereignisse: Nachdem die „Pallas“ gestrandet war, auf Sand gelaufen war, gab es nur sehr spärliche Informationen vor Ort. Es hat am 2.11.98 ein

Telefonat mit Herrn Wienholdt gegeben, wo wir uns geeinigt haben, auch die unteren Ordnungsbehörden, sprich die Ämter Föhr, die Stadt Wyk und insbesondere das Amt Amrum auch, müssen informiert sein über das, was als Lage droht auch, über Folgerungen der Havarie.

Wir sind dann übereingekommen, daß die Informationen zunächst an den Kreis gehen, und der Kreis übernimmt die Verantwortung, die Informationen weiterzuleiten an die Ämter und die übernehmen dann wiederum die Information vor Ort. Das lief auch relativ gut. Es gab Sachstandsberichte am 3.11., 4.11. und 5.11. Wir bekamen auch die Presseberichte der ELG. Das waren keine Lageberichte im engeren Sinne, das waren Sachstandsberichte, was ist passiert, was soll geschehen? Presseberichte waren natürlich nicht so furchtbar aussagekräftig.

Einschneidendes Ereignis – das wissen wir alle – war der 6.11.1998, als dann die Bergungsversuche gescheitert waren, die „Pallas“ zum Wrack erklärt wurde. Da wurde es dann allerdings – dann ebte die Informations- - na, es war ja keine Informationsflut, es gab keine Informationen mehr. Plötzlich wurde die Information zur Ruheschuld. Ich war damals, an dem Freitag, auf Föhr. Wir hatten eine Landrätebesprechung. Ich bin sofort am nächsten Morgen zurück aufs Festland mit der ersten Fähre, und zu meiner Überraschung gab es im Grunde genommen keine authentischen Informationen. Man war angewiesen auf das Hören des Radios und des Fernsehens. Also Lageberichte gab es schon gar nicht.

Ich habe das dann zum Anlaß genommen, sehr intensiven Telefonkontakt mit Herrn Kesting, dem Abteilungsleiter aus dem Umweltministerium, aufzunehmen und zu halten. In diesen Telefonaten haben wir a) die allgemeine Lage besprochen. Aber mir war eben auch wichtig, daß jetzt die Folgerungen gezogen werden. Das heißt, wenn das Öl geht – am Samstag war ja noch nicht groß etwas, das ging ja Sonntag erst richtig los –

was ist eigentlich an Vorkehrungen getroffen auf der Informationsschiene, welche Zusammenarbeitsstrukturen, welche Kräfte, was sind da überhaupt für Vorstellungen, und zu meinem Erschrecken stellte ich fest, daß die Vorstellungen doch sehr vage waren.

Wir haben dann versucht, gemeinsam im Telefonat zu erarbeiten, was wichtig vor Ort ist, daß Lageberichte überhaupt kommen vor Ort, das heißt auch das, was am nächsten Tag zu geschehen hat, wo Ölanlandungen drohen, ob Ölanlandungen drohen. Wie ist die Drift, wie ist die Windrichtung? Diese ganzen Fragen, daß also ein strukturierter Lagebericht mal kommt. Wir haben dann auch gesprochen über den Kräfteeinsatz. Herr Kesting deutete in dem Telefonat an, daß das kein Tageproblem, sondern ein Wochenproblem sein würde. Ich habe die Anregung gegeben, doch die Presse umfassend auch darüber zu informieren, als scheinbar dieses Ganze der Öffentlichkeit zu offenbaren, daß das also ein längerfristiges Problem sein würde, die Ölanlandung.

Wir haben auch darüber gesprochen, daß ehrenamtliche Kräfte sehr schnell erschöpft sein werden und auch in der Woche werktäglich nicht zur Verfügung stehen können, wie das Problem gelöst wird. Wir haben gesprochen über Logistikprobleme, wie eigentlich das angelandete Öl und aufgesammelte Öl jetzt eigentlich an Land kommt. Also eine Vielzahl von Fragen und ich merkte, Fertiges ist da eigentlich gar nicht verfügbar.

Am Sonntag, das war dann wohl der achte, da waren ja relativ massive Ölanlandungen, insbesondere im Föhrer Bereich, aber auch an der Südspitze Amrums. Da ist dann ja hart gearbeitet worden. Am Abend kriegte ich dann einen Anruf von Amtsvorsteher Nickels Olufs, der um Verstärkung bat. Bundeswehr, Hilfe durch die Bundeswehr. Ich habe dann sofort Herrn Kesting angerufen, diese Meldung weitergereicht, die Anforderung von Hilfskräften, und Herr Kesting stellte in Abrede, ob die Lage dort

richtig eingeschätzt werde. Das sei wohl nicht nötig. Ich haben dann daraufhin Herrn Kesting deutlich gemacht, für mich ist die Hilfeanforderung von vor Ort wie ein Gesetz zu behandeln, solange man keine andere Lageeinschätzung habe.

Ich habe dann Herrn Kesting gegenüber angeregt, wenn er Zweifel an der Richtigkeit der Lageeinschätzung habe, dann möge er seine Leute aus dem staatlichen Umweltamt vor Ort schicken und selbst eine Lageeinschätzung vornehmen. Das ist dann am Montag offenbar geschehen. Ich glaube, am späten Nachmittag bis Abend, aber dazu können die Amtsvorsteher detailreicheres vortragen, haben Mitarbeiter des staatlichen Umweltamtes wohl dort vor Ort auch den Kontakt mit den Amtsvorstehern aufgenommen.

Der Folgetag, dann der Montag, da ging noch alles ein bißchen durcheinander. Das, was wir besprochen hatten am Wochenende, Lageberichte, und zwar erst die Lage, dann die Besprechung, Lageberichte gab es am Montag auch noch nicht, jedenfalls nicht bis etwa 16 / 17 Uhr.

Vorsitzender: Entschuldigung! Der Montag ist der 9.11.?

Dr. Bastian: Das müßte dann der neunte sein! Das war ja die Zeit, wo dann Ölanlandungen -, wo man relativ unvorbereitet offenbar das nun alles versuchte zu handeln. In der Woche davor hatte es schon Kontakte gegeben vor Ort zwischen Amt für Land- und Wasserwirtschaft, Kreisverwaltung Nordfriesland, staatlichem Umweltamt, wo man Besprechungen durchgeführt hatte. An dem Montag nun war es so – und das ging ja dann – sonst hatte ich mich ja sehr stark zurückgehalten in öffentlichen Kritikäußerungen – aber da kriegte ich dann – ich erinnere das noch – um 16 Uhr einen Anruf der örtlichen Presse, wie denn die Lage sei. Ich sagte: Ich muß zu meiner Schande gestehen, wir haben noch nicht einmal einen Lagebericht um 16 Uhr.

Das ist dann in der Folgezeit massiv besser geworden, die Informationsschiene. Es gab dann parallel noch Kontakte mit Staatssekretär Wegner und Minister Wienholz, wo mir deutlich wurde, daß es da noch einen Kompetenzstreit gibt zwischen Innenministerium und Umweltministerium. Uns gegenüber, der Kreisverwaltung gegenüber, wurde der Versuch gemacht, wir sollten doch die Katastrophe ausrufen, mit der Folge, daß dann der Innenminister übernehmen könne. Das haben wir abgelehnt. Wir haben – also, weil wir ja die Sache noch im Griff hatten. Es war ja nicht so, daß jetzt die örtlichen Kräfte zu diesem Zeitpunkt überfordert waren. Die Katastrophenwarnung war nicht gegeben, und daß man nun über das Instrument der Erklärung zum Katastrophenfall nun die Zuständigkeitsregelung treffen sollte, das schien uns etwas befremdlich zu sein. Am Dienstag war dann die Kabinettsitzung, und dann ist ja für klare Verhältnisse gesorgt worden. Also, das war auch so am Montag, Dienstag vormittag. Da hat es noch Telefonate gegeben, wo man sich erkundigte, was bei uns eigentlich los sei.

Zusammenfassend würde ich sagen, daß die Zusammenarbeitsstrukturen nicht klar definiert waren, auch vor Ort nicht. Sonst war die Zusammenarbeit – nach diesen Anfangsschwierigkeiten – ich sage mal ab Dienstag, dem zehnten relativ gut. Man hat vor Ort auch gute Zusammenarbeit gepflegt. Man hat allerdings festgestellt, daß man das Team vor Ort relativ kurz gehalten hat. Was ziemlich befremdlich war, daß die Pressearbeit nicht sauber organisiert war, daß man an der Arbeit gehindert wurde durch vielfältige Pressenanrufe, da waren keine klaren Informationsstrukturen. Auch die Informationsstrukturen in der Anfangszeit zwischen ELG, Land, Kreis und Amt waren – rückblickend waren sie verbesserungsbedürftig. Das sind eigentlich die Punkte, die einen gestört haben, die verbesserungsbedürftig sind, nicht im Sinne von subjektiven Vorwürfen, sondern einfach – das ist eine Mängelliste, an der man unbedingt arbeiten muß, denn dies war nicht der erste Krisenfall. In

den sechs Jahren, die ich jetzt Landrat bin, hatten wir Apron plus, Ölanlandungen auf Sylt, das war – glaube ich – 1996, und jetzt dieses. Es fiel immer wieder auf, daß die Strukturen relativ unklar waren. Das vielleicht mal zusammenfassend, was mir dazu einfällt.

Vorsitzender: Ja, Dankeschön, Herr Bastian! Ich komme auf Ihre letzte Bemerkung zu sprechen. Sie würden den Ölaustritt in ihrer Bedeutung wie Apron plus oder die Ölanlandung in Sylt einschätzen?

Dr. Bastian: Es sind Krisensituationen unterhalb des Katastrophenfalls. Da ist dann das Gebot – man kann ja nicht jede Lage im voraus regeln. Aber was man regeln kann, sind die Informations- und die Zusammenarbeitsstrukturen – wer gehört an den Tisch? – und die Aufgabenabgrenzung. Die Aufgabenabgrenzung zwischen der Einsatzstelle in den Ministerien und denen vor Ort. Ich würde insofern da Vergleichsmöglichkeiten ziehen, was die Ölmenge anbelangt, war Amrum ja damals mehr in der Summe als das, was wir jetzt hatten. Und Apron plus war eine ganz besondere Lage, wo wir auch -, wo verschiedene Behörden zusammenarbeiten mußten, um diese Krise zu bewältigen.

Vorsitzender: Ja, Dankeschön! Ich möchte gerne noch zwei Fragen beantwortet haben zu – wie Ihre Informationswege in Ihrem Hause sind. Aus den Unterlagen des Innenministeriums, Amt für Katastrophenschutz, geht hervor, daß Ihr Herr Hauschildt am 27.10. informiert wurde. Dann gibt es eine Notiz des Leiters Amt für Katastrophenschutz vom 31. Oktober. Da hat Herr Preugschat notiert: Herr Hauschildt – also Ihr Leiter des Katastrophenstabs – verwahrte sich gegen die ständigen Rückfragen des Amtes für Katastrophenschutz und teilte mit, daß ihm der Landrat alle Vollmachten der unteren – - und so weiter - - erteilt habe. Alle Verantwortlichen der Kreisverwaltung seien informiert, der Landrat jederzeit erreichbar und so weiter. Die Frage nur, Landrat Basti-

an, hat Ihnen Herr Hauschildt regelmäßig berichtet, vom 27.10. an?

Dr. Bastian: Also, Herr Dreesen ist der Abteilungsleiter und der Amtsleiter der LKVD Müller, die haben mich regelmäßig informiert über die Lage in der Woche, bevor die „Pallas“ zum Wrack erklärt wurde. Da gab es mündliche Berichte. In der Folgezeit habe ich dann – in der Woche davor und auch in der Folgezeit – alle schriftlichen Berichte jeweils auf meinen Tisch bekommen.

Vorsitzender: Dankeschön! Eine Nachfrage noch zum 7.11. Das war – glaube ich – der Tag des ersten Ölaustrittes. Da sind Sie nach unseren Unterlagen von Herrn Kesting um 9:20 Uhr informiert worden, und um 16:25 Uhr sind Sie erneut von Kesting in die Lage eingewiesen worden. Nun steht in den Unterlagen – und das hat nach meiner Erinnerung auch der Umweltminister des Landes in seiner Einvernahme erwähnt – es sollte die Möglichkeit einer Bürgermeisterdienstbesprechung zur Information der Inselbürgermeister erwogen worden sein in diesem Gespräch. Dieses, so die Aussage des Umweltministers nach meiner Erinnerung, wurde von Ihnen für nicht zweckmäßig gehalten. Können Sie uns zu dieser – Problem ist es nicht – zu dieser Angelegenheit vielleicht Hinweise geben?

Dr. Bastian: Also, beide Telefonate sind nach meiner Erinnerung Proschulden, also Information als Holschuld, sage ich mal. Das war ja die besondere Lage, in der wir uns befanden. Also, beides waren Telefonate, die von mir aus gingen in Richtung Kesting. Ich erinnere, daß er zeitweise auch bei der Gartenarbeit war, also er war immer erreichbar. Jetzt konkret an eine Bürgermeisterdienstversammlung kann ich mich nicht erinnern. Nur die Leute waren dort beim Ölbeseitigen. Da war harte Arbeit in Gang. Entscheidend war, daß die Leute Authentisches immer von zuständigen Stellen bekommen, und zwar in Schriftform, daß es keine Mißverständnisse gibt. Das habe ich immer wieder deutlich gemacht.

Nicht viele Besprechungen waren notwendig, sondern der Überblick über die Lage für die, die in der Entscheidungssituation waren, so daß Bürgermeisterdienstbesprechungen – den Sinn würde ich auch heute noch nicht einsehen in dieser Situation, sondern zunächst mal ganz einfach: Wie ist die Drift? Wie ist die Windlage? Wo drohen Anlandungen? Morgens eine Überfliegung, damit auf der Grundlage eine Lagebesprechung notwendig ist und Abends, damit wir Vorkehrungen treffen für die Einsatzkräfte, denn das habe ich mit Kesting auch sehr eindeutig besprochen, daß man in dieser Situation jetzt nicht in Hektik verfallen darf, sondern daß man eine Grundauslastung – Beseitigung von Öl – eine Grundlast mit technischen Mitteln und auch Personal – das sollten die ALR-Arbeiter sein – und daß dann Zusatzkräfte auf dem Festland verfügbar sind, die wir dann, nach der morgendlichen Besprechung – oder wenn abends etwas absehbar war – dann sofort in Marsch setzen konnten. Das waren eigentlich die Inhalte. An Formale Diskussionen über Bürgermeisterdienstbesprechungen kann ich mich überhaupt nicht erinnern.

Vorsitzender: Ja, Danke! Herr Maurus!

Stellv. Vorsitzender: Herr Dr. Bastian, ich zitiere jetzt einmal aus der dritten öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 8. Februar 1999. Hier wurde die Auskunftsperson, Minister Steenblock, gehört. Ich habe den Minister gefragt: „Gibt es für solche Fälle, wie den Fall „Pallas“ einen Notfallplan?“ Der Minister antwortete: „Ja, es gibt Notfallpläne, Alarmpläne, die heißen sogar Notfallalarmpläne.“ Ich hatte dann weiter gefragt, ob es auch Pläne gibt für solche Fälle unterhalb der Katastrophe. Der Minister antwortete: Unterhalb der Katastrophe, wo jeweils klar ist, wer wann informiert wird, wer was zu tun hat, für diese Fälle, die ich gerade dargestellt habe – sinngemäß -, gäbe es Pläne. Sind Ihnen diese Pläne bekannt?

Dr. Bastian: Diese Pläne sind mir nicht bekannt. Ich weiß nur, daß es interne Pläne beim ALR gibt, sogenannter Öl-Abwehrplan. Aber einen umfassenden Plan, unter Einbindung der Ämter des Kreises und anderer beteiligter Dienststellen, wo die Entscheidungsstränge, die Kompetenzabgrenzung, die Informationsflüsse dargelegt sind – das ist ja notwendig -, solche Pläne sind mir nicht bekannt und ich glaube, es gibt solche Pläne auch gar nicht.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank! Sie sind am 27.10. über das Amt für Katastrophenschutz über die Lage das erste Mal informiert worden. Am 2.11. - hatten Sie vorher gesagt – hätten Sie mit Herrn Wienholdt telefoniert, und es sei dort vereinbart worden, die örtlichen Ordnungsbehörden mit einzubinden. Mir liegt ein Vermerk des Amtes für Katastrophenschutz vor, in dem der Leiter, nein, ein Herr Drümmer, formuliert: „Herr Kesting mahnte davor, sich in diese Sache einzumischen. IM, beziehungsweise der Katastrophenschutz, beziehungsweise die örtlichen Ordnungsbehörden sollten sich da heraushalten. Die Frage, die ich jetzt stelle, ist ganz einfach die: Wäre die Situation vor Ort überhaupt zu meistern gewesen, wenn nicht über den Kreis die örtlichen Ordnungsbehörden eingebunden worden wären?

Dr. Bastian: Also, meistern kann man alles mit größter Anstrengung, aber es macht doch keinen Sinn, in einer solchen Situation neue Strukturen erstellen zu lassen, wo verfügbare da sind. Und ich bitte auch zu berücksichtigen, daß in solch einer Krisensituation es ganz schnell in den Katastrophenfall umschlagen kann. Der Katastrophenfall wäre ja gewesen, das Schiff zerbricht und größere Ölmengen, große Ölmengen laufen aus bei entsprechender Westwindlage, wo man das nicht mehr mit örtlichen Kräften bewerkstelligt. Darf ich noch einmal Ihre Frage – ich hatte einen kleinen Ausflug gemacht.

Stellv. Vorsitzender: Also die Frage war schlichtweg, wäre die Situation vor Ort

schlichtweg beherrschbar gewesen ohne Unterstützung der örtlichen Ordnungsbehörden?

Dr. Bastian: Ja! Also, wir haben – und das ist ein Einvernehmen, ich sagte, vor Ort bestand ein breites Einvernehmen, daß wir unsere bewährten Strukturen nutzen. Wir als Katastrophenschutzbehörde haben ja einen engen Kontakt zu DRK, THW und auch zu der Feuerwehr. Ich hatte zum Beispiel dann sofort am Samstag morgen mit Bruno Thomsen, dem Kreiswehrführer Kontakt aufgenommen, ihn über die Lage informiert, daß die Feuerwehr in Bereitschaft war. Das ist extrem wichtig, daß man genauso auch vor Ort mit den Ämtern einen engen Kontakt hält, da sind ja auch Strukturen.

Es geht ja um die Vernetzung verfügbarer Strukturen in so einer Situation und nicht nach dem Motto: Wir wissen schon alles, was gut für euch ist und brauchen euch noch nicht einmal zu informieren. Das ist ja ganz wichtig! Transparenz für alle, die zum Einsatz kommen könnten. Das ist ja eine Grundregel der Krisenbewältigung, die hier nicht immer konsequent verfolgt wurde.

Stellv. Vorsitzender: Das heißt also auch, die angeforderte Manpower wurde im wesentlichen dann auf Kreisebene und Ortsebene organisiert?

Dr. Bastian: Das war unterschiedlich. In Stufe eins hat man sich vor Ort ja geholfen an dem fraglichen Wochenende. Als dann der Innenminister übernommen hat, hat er sich ja vorbehalten, bestimmte Entscheidungen auch zu treffen und der Innenminister hat teilweise dann ja auch THW-Kräfte in Marsch gesetzt. Es ging dann auch in Woche zwei, nachdem zum Wrack erklärt wurde, auch teilweise auch um Kosmetik, weil teilweise Kräfte auch – insbesondere auf der Insel Sylt – dann stationiert wurden, die dort gar nicht angefordert waren und gar nicht erforderlich waren. Das waren offenbar politische Signale, die man da setzen sollte.

Stellv. Vorsitzender: Darf ich noch einmal nachfragen: Also, diese Bereitstellung von weiteren Kräften – auch durch das Innenministerium – ist die in der Phase, nachdem die besondere Lage erklärt worden war, erfolgt, oder noch davor. Wenn Sie von der ersten und zweiten Woche sprachen, das ist mir nicht ganz -.

Dr. Bastian: An dem Dienstag der Kabinettsitzung – jetzt komme ich so ein bißchen mit den Daten – das muß dann der zehnte gewesen sein, genau! Danach gab es ja den Stab beim Innenminister, der dann auch sehr strukturierte Lageberichte brachte, das, was man sich genau wünscht. Da ist ja das Fachwissen, wie bewältige ich Krisen. Und auf der Grundlage dieser strukturierten Lagen sind dann ja Entscheidungen getroffen worden. Es war Transparenz ständig für uns da, was ist veranlaßt worden, und in dieser Situation hat es – nach meiner Erinnerung in dieser Woche, nach dem zehnten – auch THW-Kräfte, die in Richtung Sylt in Marsch gesetzt wurden, wobei wir gesagt haben, eigentlich gar nicht notwendig. Dann hat Herr Preugschat deutlich gemacht, das ist ein politisches Signal – in Gottes Namen dann, mögen solche Kräfte ja rübergehen.

Stellv. Vorsitzender: Also, ich frage jetzt noch einmal nach. Wann haben Sie denn eigentlich den ersten Lagebericht bekommen, und von wem haben Sie ihn bekommen, und dann die zweite Frage, die ich gleich nachschieben möchte, ist die: Wie unterschieden sich die Lageberichte nach dem 10.11. von den Lageberichten, die Sie davor erhalten haben?

Dr. Bastian: Also, bei uns sind die Akten ja angefordert worden. Nach den Aufzeichnungen, die ich gestern gemacht habe, haben wir sogenannte Sachstandsberichte ohne hinreichende Struktur, die einen Lagebericht auszeichnen, am 3.11., 4.11., 5.11., das waren Sachstandsberichte zu den Arbeiten am Schiff, insbesondere Bergungsversuche. Dann kam eine Pressemitteilung der ELG an dem Freitag -, nee, am Freitag war dann ja

noch die Pressemitteilung der ELG, die dann letztlich zum Inhalt hatte: Bergungsversuche gescheitert, die „Pallas“ wird zum Wrack erklärt durch die ELG.

Dann, an dem Wochenende, war ja außer Presseerklärungen absolute Funkstille. Da mußte man sich die Informationen suchen, und an dem Montag darauf, das wäre dann der achte, nein neunte gewesen, da war praktisch tagsüber überhaupt nichts. Ob dann da abends noch, das müßte ich jetzt nachgucken, also, das kann ich gerne machen. Da ist jedenfalls zeitnah in einer krisenhaften Situation, sind da keine vernünftigen Lageberichte rübergekommen.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank, ich habe zunächst keine Fragen mehr.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone?

Abg. Dr. von Hielmcrone: Generell eine Frage. Waren in irgendeiner Situation - am Anfang oder später - zu wenig Einsatzkräfte vor Ort?

Dr. Bastian: Es waren an dem ersten Tag ausreichende Kräfte. Man hatte ja unter größtem Einsatz der örtlichen Kräfte auf Amrum und Föhr das Öl zum größten Teil schon beseitigt. Es drohte dann am nächsten Tag ja noch mehr, und da - das hatte ich eben schon ausgeführt - hatte Herr Olufs mich gebeten, Zusatzkräfte zu beschaffen. Und da war dann dieser Dialog mit Herrn Kesting, der dann bestritt die Notwendigkeit. Und wir haben dann parallel dazu aber auch - da sind ja hauptamtliche Kräfte des ALR und auch technisches Gerät ist ja rübergeschafft worden. Ich glaube, daß die notwendigen Kräfte stets vor Ort waren, aber das können letztendlich nur Herr Jungclaus und Herr Olufs nachher hier beantworten im Detail.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Die Zusammenarbeit zwischen Ihrer Katastrophenstelle - so heißt die ja wohl - und dem Amt für Katastrophenschutz. Wie würden sie die bezeichnen während der gesamten Zeit?

Dr. Bastian: Die war generell gut, bis auf die Versuche, uns in den Katastrophenfall zu drängen, ohne daß rechtlich die Voraussetzungen vorliegen. War also gut, wir mußten ab und zu auch die Landesdienststelle etwas bremsen, weil dort das Bemühen offenbar da war, zu zeigen, wie tüchtig man ist.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Die vorgesetzte Dienststelle ist aber die Landesdienststelle, wenn ich das richtig sehe?

Dr. Bastian: Die vorgesetzte Dienststelle - ein Landrat hat ja vielfältige Funktionen, aber in diesem Fall ist es der Innenminister, das ist richtig, soweit der Katastrophenschutz betroffen ist. Sonst sind wir ja auch untere staatliche Behörde des Umweltministeriums, aber hier ist ja die entscheidende Zuständigkeit beim staatlichen Umweltamt. Und in der Schiene haben wir eigentlich nichts zu suchen. Man ist da ja auch völlig - einerseits gibt es diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die offenbar ja nicht ratifiziert ist, durch den Landtag gegangen. Sie verändert Zuständigkeiten des Gesetzgebers, auch da wäre Klärungsbedarf, mal jeder Behörde zu sagen, wo endet deine Kompetenz in diesem Fall, und wann darfst du wieder auftreten. Das ist auch Unsicherheit vor Ort, wie weit ist dieses Abkommen zwischen Bund und Ländern überhaupt in der Lage, Gesetze zu ändern, denn sonst die Zuständigkeitsregelungen sind ja gesetzliche Regelungen über weite Strecken. Auch da würde ich sagen, wäre mal Handlungsbedarf im Nachklapp, daß man das mal ganz klar klärt, und zwar nenne ich das eben Aufgabenabgrenzung. Die gibt es heute noch nicht klar. Wer macht was, wie, bis wann in solchen Situationen.

Vorsitzender: Herr Schlie?

Abg. Schlie: Herr Dr. Bastian, vielleicht können Sie uns noch einmal sagen, wann es den ersten Kontakt Ihrerseits zum Umweltministerium gegeben hat.

Dr. Bastian: Ja, ich habe versucht deutlich zu machen, es hat einerseits das Gespräch

mit Herrn Wienholdt gegeben, nach meiner Erinnerung war es der dritte, - der zweite, Entschuldigung. Das ist der eine Kontakt, das ist ja ein Mitarbeiter des Umweltministeriums. Und der intensive Kontakt war dann am Wochenende nach dem Freitag, nachdem das Wrack, nachdem die „Pallas“ zum Wrack erklärt wurde. Das war dann mit Herrn Kesting. Ansonsten hat es immer Kontakte gegeben in der Arbeitsgruppe vor Ort, meiner Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe, die sich dort konstituiert hat. Im ALR Husum, da hat ja ALR Kreis Nordfriesland und staatliches Umweltamt – und diese Zusammenarbeit würde ich auch als vorbildlich bezeichnen – nur die Rahmenbedingungen stimmten oft nicht. Zum Beispiel Herr Oellerich, der die Truppe leitete, war nun ständig damit befaßt, Telefonate der Presse zu beantworten.

Auch eine Forderung aus dem Kreisbereich, daß wir gesagt haben, eine saubere Pressearbeit, den Kopf frei für die eigentlichen Entscheidungen. Und dann ist Ende der zweiten Woche – ich sage zweite Woche, weil ich immer so dieses einschneidende Ereignis, zum Wrack erklärt -, da ist dann auch auf unser Annahmen hin endlich eine Pressesprecherin, eine freiberufliche Mitarbeiterin, dort eingestellt worden, die dann letztlich dem Stab dann vor Ort auch den Rücken frei gehalten hat, denn es ging ja teilweise so weit, daß da bei der ELG auch ein Anrufbeantworter lief, und die Presse suchte krampfhaft nach Informationen, ohne klare Strukturen erkennen zu können.

Abg. Schlie: Herr Dr. Bastian, gestatten Sie mir, daß ich da noch einmal ein bißchen nachhake. Wenn ich da so ein bißchen penetrant in der Fragestellung bin, dann auch deswegen, weil wir das ja möglichst genau auch hier dokumentiert haben wollen. Also, die erste Kontaktaufnahme ist erfolgt am 2.11., dadurch, daß Dr. Wienholtz Sie angerufen hat.

Abg. Todsens-Reese: Wienholdt aus dem –

Abg. Schlie: Entschuldigung, nicht Dr. Wienholtz, Herr Wienholdt aus dem Umweltministerium Sie angerufen hat. Herr Wienholdt aus dem Umweltministerium. Dann haben Sie – so habe ich mir das hier notiert – vorhin gesagt, daß Sie sich beklagt haben über mangelnde Informationen vor Ort, und dann hat es – so hatten Sie vorhin gesagt – am 3., 4. Und 5.11. Informationen gegeben. Die bestanden dann aber aus den Presseberichten der ELG, es waren keine Lageberichte. Ist das richtig?

Dr. Bastian: Es waren sogenannte Sachstandsberichte. Die sind auch bei den Akten. Können Sie sich ja mal angucken. Gucken Sie sich nachher mal die Lageberichte des Innenministers an. Dann erkennen Sie den Unterschied zwischen einem Lagebericht und einem Sachstandsbericht. Und es hat Pressemitteilungen der ELG formularmäßig – die haben wir auch übersandt bekommen. Das ist in dieser Zeit gewesen. Dann gab es eben den Pressebericht der ELG an dem Freitag, dem 6.11., und dann war Funkstille. Dann wurde die Information zur Holschuld. Und in solchen Krisensituationen sind Informationen Bringschulden der zuständigen Stelle, und wenn Sie in die Richtlinie der ELG gucken, soll eigentlich im 4-Stunden-Rhythmus berichtet werden. Daran hat man sich zu keiner Zeit eigentlich gehalten.

Abg. Schlie: Ja, vielleicht noch eine Vorbemerkung. Ich habe ihre Akten natürlich auch gesehen, aber ich muß natürlich zum Teil das hier auch öffentlich machen, Herr Dr. Bastian. Noch einmal dann zum ersten Telefonkontakt - wenn ich richtig verstanden habe -, der von Ihnen ausging zu Herrn Kesting. Da haben Sie ja hier eine ganze Reihe von Punkten genannt, wo Sie sich darüber beklagten, daß die Zusammenarbeit nicht gut genug sei und haben auch die strukturierten Lageberichte eingefordert. Wie hat Herr Kesting darauf reagiert?

Dr. Bastian: Also, wenn ich jetzt ganz offen – ich bin ja zur Wahrheit verpflichtet – hatte ich zeitweise den Eindruck, ich - es ist ein

lästiger Ratschlag. Herr Kesting hat mir den Eindruck vermittelt, daß er schon wisse, was richtig ist, und was zu geschehen. Er hat mich angehört, in höflicher Form, wie man das unter Menschen ja macht, aber ich hatte nicht immer den Eindruck, daß ich als gleichberechtigter Partner gesehen wurde, der nun Nennenswertes zum Erfolg der Aktion beitragen könne. Und dann hält man sich auch entsprechend zurück irgendwann.

Abg. Schlie: Wenn ich da noch einmal etwas penetrant nachfragen darf: Zu diesen ganzen angesprochenen Themen von vorhin, Personaleinsatzprobleme, Logistikprobleme, die Einforderung strukturierter Lageberichte, hat es also seitens von Herrn Kesting keine positive Äußerung Ihnen gegenüber gegeben, daß er gesagt hat, werden wir aufgreifen, werden wir prüfen, sondern Sie hatten eher den Eindruck, das wäre lästig und ist abgelehnt worden.

Dr. Bastian: Nein, das wäre auch ein falscher Eindruck. Sondern das sind ja psychologische Momente in einem Gespräch, das dann über einen längeren Zeitraum – ich weiß nicht, wie weit die überhaupt aufgezeichnet waren, wenn ich jetzt höre, daß genaue Zeitpunkte festgelegt sind. Es sind längere Gespräche gewesen, und in deren Verlauf ging es a) um die Lage am Schiff, die man ja kennen muß, um abzuschätzen, was an Anlandungen kommen wird.

Da war ich zunächst einmal überrascht, daß das Land in Phase eins dort immer noch dabei war, mit dem Reeder irgendwelche Anordnungen zu treffen, ohne selbst mal das Heft in die Hand zu nehmen. Daß man den Eigner auffordert, nun endlich mal ein Konzept vorzulegen und ähnliches und das in einer Situation, wo die ersten Ölanlandungen da sind. Das hat mich sehr gewundert, und diese Verwunderung habe ich auch zum Ausdruck gebracht. Dann kamen wir in das Arbeitsfeld der örtlichen Behörden, und das ist das Arbeitsfeld: Wie beseitigen wir das Öl an Land. Und da sind ja ein paar Grundsätze auch aus vorangegangenen Ereignis-

sen, die man dort – die habe ich dann versucht, in Erinnerung zu rufen. Das ist Ab sammeln oder Beseitigen des Öls nach jeder Flut, damit nicht Verwehungen stattfinden, daß das Öl nachher verweht ist. Das Verhältnis Haupt- und Ehrenamt, die Informationsstränge, die Lageberichte, die Zusammenarbeit vor Ort. Diese Dinge sind abgesprochen worden, und es wäre ein falscher Eindruck, daß Herr Kesting jetzt – da möchte ich ihm auch nicht Unrecht tun – gesagt hat, das ist alles Blödsinn, sondern in dem Bereich ist ja einiges nachher, wenn auch verspätet, oder auch sofort umgesetzt worden. Ich habe genannt das Problem Lageeinschätzung, sozusagen den Kettenhund an die Seite stellen, den Amtsvorstehern, das war ja nicht ein Vorschlag von mir, sondern einfach nur eine Reaktion darauf, nachdem man die Hilfeanforderung verweigert hat, indem man gesagt hat: Das halte ich für überhöht. Und dann ist ja am Montag – sind die Leute aus dem staatlichen Umweltamt vor Ort gewesen, nach meiner Kenntnis. Die Lageberichte sind ja dann später gekommen, aber da bedurfte es weiterer Mahnungen, also strukturierte Lageberichte.

Und das Verhältnis Innenministerium – Umweltministerium haben wir – meiner Erinnerung nach – gar nicht besprochen. Das ist dann in anderen Gesprächen noch gewesen.

Abg. Schlie: Gut, die Lageberichte sind ja – wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe – zumindest auch am 9.11. bis 16 / 17 Uhr immer noch nicht da gewesen, sondern dann erst anschließend, als auch das Innenministerium dort involviert war, tatsächlich dann in dieser – wie von Ihnen dargestellten strukturierten Art und Weise – täglich gekommen.

Dr. Bastian: Ja, so meine Erinnerung. Aber ich müßte dann noch nachgucken. Ich möchte nicht – aber ich weiß, daß an dem Montag – weil ich da sehr verärgert war - . Wenn man von der Presse gefragt wird: Wie ist die Lage? Und man hat als derjenige, der ja auch Hilfskräfte da mit heranzuführen soll,

noch nicht einmal einen Lagebericht um 16 Uhr eines Folgetages, nachdem man sie den Tag davor angemahnt hatte, fand ich das eigentlich – vorsichtig ausgedrückt – etwas befremdlich.

Abg. Schlie: Hat es direkte Gespräche zwischen Herrn Minister Steenblock und Ihnen gegeben?

Dr. Bastian: Die hat es erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt gegeben. Die hat es gegeben, als Frau Ministerpräsidentin Simonis zur „Pallas“ fuhr, und wir dann zusammen auf Föhr zusammengetroffen sind. Da habe ich dann auch noch am Rande Einiges mit ihm besprochen.

Abg. Schlie: Das war der erste Kontakt, den Sie persönlich zwischen Herrn Minister Steenblock zu diesem Thema hatten?

Dr. Bastian: Nach meiner Erinnerung, in der „Pallas“-Angelegenheit, ja. Sonst haben wir ja vielfältige Konfliktfelder zu lösen.

Abg. Schlie: Ja, es ging um das Thema „Pallas“. Herr Kesting war dann also Ihr ständiger Ansprechpartner im Umweltministerium, oder gab es auch noch andere Ansprechpartner im Umweltministerium?

Dr. Bastian: Also, im Umwelt -, es war ja so eine Art Wochenendbereitschaft. Herr Kesting war immer verfügbar an dem Wochenende. Wir haben – ich könnte jetzt nicht einmal mehr sagen die Zahl der Telefonate – wir haben verschiedene Telefonate geführt, und dann ereilt einen ja das Tagesgeschäft. Es war ja in Nordfriesland noch anderes zu erledigen als „Pallas“. Das heißt, wenn Sie dann am Montag wieder im normalen Tagesgeschäft sind, dann übernimmt die Arbeitsebene, und da war es so, daß es einen ständigen Kontakt ja gegeben hat zwischen Herrn Oellerich, Herrn Dreesen, der leitet unsere Katastrophenschutzabteilung, und Herrn Kamp, beziehungsweise einem seiner Mitarbeiter in dem Stab vor Ort. Und das muß ja normalerweise auch funktionieren, da muß man sich ja nicht ständig einmischen,

sondern das ist etwas, daß man einmal das Ganze eintütet, und dann muß das ganze Ding ja selbständig laufen.

Die Überraschung war – und da wiederhole ich mich – daß im Grunde genommen, diese Strukturen nicht irgendwo vorgezeichnet waren. Ich will da auch gerne so ein Ereignis -. Ich war dann Sonnabend morgen in der Rettungsleitstelle und sagte: „Wo sind diese Pläne?“ Und da sagten sie: „Weiteres gibt es nicht“. Es war letztlich die ELG-Richtlinie, die Ihnen auch bekannt ist, und daß es Ölabwehrpläne vom ALR gäbe. Aber wie die Behörden vor Ort zusammenarbeiten, wie die Informationsstränge sind, wie die Pressearbeit, wie die Aufgabenabgrenzung ist, diese Pläne gab es bei uns nicht. So die Auskunft meiner Abteilung.

Vorsitzender: Welcher Samstag, das war der 31. Oktober?

Dr. Bastian: Das war der Samstag, nachdem zum Wrack erklärt wurde. Da habe ich einfach gefragt, wo sind diese Pläne, denn da wurde es ja akut. „Pallas“ liegt fest, da ist ein Riß drin, Öl droht auszulaufen. Spätestens dann werden Sie ja sagen, jetzt geht es ans Eingemachte, jetzt müssen wir vernünftig koordinieren.

Abg. Schlie: Gut, vielen Dank. Meine Ausgangsfrage war ja die nach dem ersten Kontakt, den Minister Steenblock zu Ihnen hatte. Dann hat sich also Herr Minister Steenblock vor diesem Amrum-Besuch bei Ihnen persönlich in dieser Angelegenheit „Pallas“ nie gemeldet?

Dr. Bastian: Nach meinen Erinnerungen, nein.

Abg. Schlie: Sie hatten vorhin gesagt, Dr. Bastian, daß am 9.11. dann intensive Kontakte auch mit Staatssekretär Wegner und Herrn Minister Wienholtz, Innenministerium stattgefunden haben. Und Sie berichteten vorhin, daß Sie den Eindruck hatten, es gäbe einen Kompetenzstreit zwischen Innenministerium und Umweltministerium. Könnten

Sie das vielleicht noch einmal ein Stück konkretisieren?

Dr. Bastian: Also, es ist nicht die Art von Herrn Wegner und Herrn Minister Wienholtz, über Kompetenzstreitigkeiten zu sprechen, sondern Inhalt des Gesprächs – also es war ein Gespräch mit Staatssekretär Wegner, das muß wohl Montag gewesen sein, da ging es um ein anderes Thema, da ging es um die Sylter Problematik, Landschaftsplan, Zweckverband. Und am Rande haben wir das besprochen. Da habe ich Herrn Staatssekretär Wegner meinen Eindruck vermittelt, daß die Professionalität nicht besonders ausgeprägt ist in dieser Phase im Umweltministerium. Das war das eine Gespräch, und dann hat Minister Wienholtz mich angerufen, auch noch einmal versucht, einen authentischen Eindruck -, und ich habe ihm ähnliches vermittelt. Und ich habe ihm dann auch vermittelt, daß offenbar – ja, der Eindruck, das war ein Eindruck jetzt nach außen -, daß dort Kompetenzgerangel auf dem Rücken des Kreises stattfinden sollte, wenn wir gewissermaßen in die Katastrophe gedrängt werden sollen, nur damit dann die Fachkompetenz des Innenministers zum Tragen kommt. Das ist ja nicht der richtige Weg, das muß man ja auf anderer Ebene lösen. Und es hat ja dann in der Kabinettsitzung offenbar ja auch eine Entscheidung gegeben in dieser Richtung.

Abg. Schlie: Aber Gespräche darüber, daß auch unterhalb dieses Katastrophenfalls, bei dem Fall der besonderen Lage, diese Möglichkeit des Innenministeriums bestanden hätte, dort auch den Apparat zur Verfügung zu stellen, das ist nicht erörtert wurden?

Dr. Bastian: Ja, das ist ja -. Vor Ort war ja nicht das Riesenproblem. Es war jetzt einfach nur, daß von oben Druck kam plötzlich, erklärt das doch mal zur Katastrophe. Das war nicht der Minister oder der Staatssekretär, das war die Mitarbeiterschaft, die gerne ran wollte. Da können sie als Landrat sich doch gar nicht einmischen. Das ist doch schlichtweg eine Frage, die eine Landesre-

gierung regeln muß, wenn drei Ministerien befaßt sind, das ist ja das MLR, Umwelt und Innen. Die mögen doch Ihre Probleme lösen. Ich kann da nur sagen, mein Eindruck, mehr kann ich dazu nicht sagen. Also, das ist nicht unsere Aufgabe als Landräte jetzt, die Landesregierung zu organisieren.

Abg. Schlie: Meine vorerst letzte Frage: Sie sagten vorhin, daß wohl interne Pläne beim ALR vorhanden seien über solche Situationen, die waren aber nicht bekannt. Sind die Ihnen denn zwischenzeitlich bekannt gemacht worden, jetzt auch im nachhinein?

Dr. Bastian: Da geht es um die technische Abwicklung dieser Dinge. Es gibt ja – meines Wissens – keine Pläne. Es wäre ja auch sinnvoll, wenn man solche Pläne erarbeitet, sie gemeinsam mit den zuständigen Behörden zu erarbeiten, oder auch den zu beteiligenden, den betroffenen Behörden. Es geht doch hier darum -. Man kann ja sagen, der Kreis soll ganz außen vor bleiben, wir machen alles allein. Wir suchen den Kontakt zu Feuerwehr, zu THW und ähnlichem. Da gibt es ja vielschichtige Grundentscheidungen. Wenn Sie mich fragen – aus meiner bisherigen Erfahrung – tut man gut daran, gerade weil ja die Katastrophe als Folgeszenario kommen könnte, die Strukturen des Katastrophenfalls einzubinden, um dann, wenn ein anderes Szenario kommt, sprich der Katastrophenfall, nehmen wir mal den Extremfall, Tanker zerbricht vor der Westküste, dann ist es doch sehr sehr wichtig, also strandet zunächst und dann zerbricht, dann wäre es doch sehr wichtig, daß man die verfügbaren Strukturen hat.

Es ist also einerseits eine Koordinationsleistung zwischen den Ministerien erforderlich, und zweitens eine Koordinationsleistung vor Ort. Und diese beiden Ebenen muß man klar trennen, und die muß man vernünftig verzahnen. Unten muß man wissen, wie weit man Entscheidungskompetenzen hat. Nach unserer Erfahrung im Katastrophenschutz ist es, soviel Kompetenz wie möglich nach unten, denn dort hat man den Überblick über

die Lage. Also, die Häuptlinge machen Vorgaben, Rahmenbedingungen und lassen viel Freiraum, und auch Pressearbeit muß dezentral sein. Was nützt es denn, wenn in Kiel jemand Auskunft geben soll, was auf Amrum am Strand ist. Das kann ja gar nicht funktionieren.

Da sind – glaube ich auch – wenn man jetzt ein Fazit zieht, da wird man jetzt nicht im Sinne von Vorwürfen, sondern ganz einfach lernen aus den Fehlern der Vergangenheit, daß man da klarere Entscheidungen treffen muß. Auch die Aufgabenabgrenzung ist mir nicht bekannt. Wir haben eben diese verwirrte Lage. Einerseits eine Gesetzeslage, andererseits eine Vereinbarungslage, und dann die dritte Ebene ist ja die ELG, und in diesen Richtlinien steht ja drin, nach den Vorgaben soll man vor Ort entscheiden. Und die Richtlinie zwingt ja auch, was auszufüllen in der Zuständigkeit des Landes. Und das muß ausgefüllt werden, und das muß auch zu Papier gebracht werden, nicht die Schadenslagen. Wenn dann, dann passiert das. Das können Sie im Krisenfall nie. Aber die Strukturen der Zusammenarbeit, die müssen stehen, bevor der Krisenfall kommt. Und die Informationsstränge müssen stehen, bevor der Krisenfall kommt, sonst kommt es zu solchen Situationen, wie wir sie jetzt erlebt haben.

Abg. Schlie: Aber da drüber hat es jetzt auch zwischenzeitlich keinen weiteren Informationsaustausch zwischen der Landesregierung und Ihnen gegeben?

Dr. Bastian: Ich habe bisher dann eine Einladung – ich gehe davon aus, daß das von der Landesregierung veranlaßt ist. Es gibt ja wohl eine Schwachstellenanalyse bei der CAU, dieses Institut für Katastrophenschutz. Da bin ich angehört worden. Aber daß man sich mal zusammengesetzt hat, um jetzt auszuwerten, eine Schwachstellenanalyse zu machen, wie machen wir es besser so, da bin ich – jedenfalls bisher nicht – nicht beteiligt worden an solchen Gesprächen.

Abg. Schlie: Danke. Letzte Frage: Sie hatten vorhin gesagt es hätte auch Kontakte vom Kreis zur ELG gegeben. – Habe ich falsch verstanden? – Weil gesagt wurde, oder ich in Erinnerung hatte, daß dort auch der Anrufbeantworter an gewesen wäre?

Dr. Bastian: Also, mein Amtsleiter, der LKVD Müller, der hat versucht, dort auch Informationen zu bekommen, nach meiner Erkenntnis. Und dann haben mich Journalisten angesprochen, ob ich was wisse, da laufe der Anrufbeantworter. Das sind die beiden Angriffspunkte dieser Information.

Abg. Schlie: Vielen Dank!

Vorsitzender: Herr Hentschel?

Abg. Hentschel: Herr Dr. Bastian, mir liegt eine Notiz vor von Seiten des Innenministeriums, a) daß es sich mit dem Bereitschaftsdienst des Kreises Nordfriesland telefonisch in Verbindung gesetzt hat und davor gewarnt hat, die Gefahrenlage zu unterschätzen. Antwort: Die Verantwortlichen seien jederzeit erreichbar, die Ölwehren auf den Inseln seien alarmiert und stünden Gewehr bei Fuß. Vom 31.10., ist das richtig?

Dr. Bastian: Also, ich war bei diesen Gesprächen nicht dabei, aber der 31.10. ist ja der Zeitpunkt, vor dem Scheitern der Bergerversuche. Wir haben in der Zeit davor – es gab Gespräche im ALR, die Termine habe ich jetzt nicht gegenwärtig -, da ist das alles besprochen worden. Es hat Kontakte gegeben, auch im Vorfeld schon, mit der Bundeswehr, mit der Feuerwehr und dem THW. Die waren grob informiert. Die Berichte in der Woche vor dem Scheitern der Bergungsarbeiten waren allerdings auch oft so, daß man auf die Eisklasse des Schiffes hinwies, nach dem Motto, da kann gar nicht so furchtbar viel passieren. Es wurde darauf hingewiesen, daß Schweröl ja im Grunde genommen nicht flüssig ist. Diese Nachrichtenlage war auch da.

Abg. Hentschel: Herr Dr. Bastian, Tatsache ist, daß am 31.10., das heißt acht Tage bevor

das erste Öl angelandet ist auf den Inseln, acht Tage vorher bereits der Kreis Nordfriesland gemeldet hat, daß alles bereit ist. Ist das richtig?

Dr. Bastian: Wenn Sie das so sagen, wenn dieser Vermerk richtig ist, werden die Mitarbeiter das so gesagt haben. Es war ja auch alles bereit, was wir in unserem Zuständigkeitsbereich -, das heißt, unsere Bereitschaft heißt: Wir informieren die Hilfskräfte und versuchen, über die Lage zu informieren. Und dieses ist aber sicherlich in dem Gespräch – ich kenne den Vermerk nicht – auch doch deutlich geworden, daß wir immer wieder Informationen angemahnt haben, und zwar kontinuierlich über den gesamten Vorgang, denn das Gespräch Wienholdt wird ja auch bei Ihrer Akte sein. Denn wird Herr Wienholdt ja nichts anderes gesagt haben dort, daß wir das so besprochen haben über Informationen.

Abg. Hentschel: Der Umweltminister hat hier vor dem Ausschuß erzählt, daß vom zweiten bis fünften das vereinbart war mit dem Landrat Bastian, daß zur besseren Information von Ämtern und Gemeinden schriftliche Lageberichte im Umweltministerium erstellt werden, die der Kreis über sein Lagezentrum weiter verteilen soll. Das ist geschehen vom zweiten bis fünften. Ab sechstem ist das dann geändert worden. Die Sachstandsberichte wurden dann durch das Umweltministerium an die Gemeinden, Ämter und Verbände weitergegeben, weil der andere Weg nicht so erfolgreich war. Können Sie sich erklären, was diese Aussage zu bedeuten hat?

Dr. Bastian: Das muß ich mir nicht erklären, daß muß derjenige erklären, der so einen Unsinn aufschreibt, sage ich ganz deutlich. Jede Mitteilung, die Sie eben genannt haben vom zweiten bis fünften, ist sofort per Fax an die Ämter runtergegangen, und Sie mögen ja nachher Herrn Jungclaus und Herrn Olufs nochmal fragen, ob es dort angekommen ist. Wir haben uns an die Vereinbarung gehalten. Das ist falsch, nachweislich falsch

wenn gesagt wird, das hätte nicht geklappt. Den Informationsfluß einzustellen, wenn etwas nicht klappt, ist ja wohl der falsche Weg, sondern dann optimiert man so etwas. Ja, man hätte uns ja mal ansprechen können. Hat uns irgend jemand mal angesprochen, daß das nicht geklappt hätte? Steht das auch in Ihren Unterlagen?

Abg. Hentschel: Ich lese Ihnen jetzt einen Vermerk vor von seiten des Amts für Katastrophenschutz vom 31. Oktober: Der Unterzeichner und so weiter des Katastrophen -, warte mal, rief der Unterzeichner auf der Dienstreise von Lübeck nach Hause den Bereitschaftsdienst des Katastrophenschutzes im Kreis Nordfriesland, Herrn Hauschildt, an und brachte noch einmal die Besorgnis der obersten Katastrophenschutzbehörde während des Havaristen zum Ausdruck. Herr Hauschildt verwahrte sich gegen die ständigen Rückfragen des Amtes für Katastrophenschutz und teilte ihm mit, daß ihm der Landrat alle Vollmachten der unteren Katastrophenschutzbehörde für etwaige Sofortmaßnahmen erteilt habe. Und dann –

Vorsitzender: Kollege Hentschel, dieses habe ich bereits zitiert. Ich mache Sie darauf aufmerksam.

Abg. Hentschel: So, das tut mir leid.

Dr. Bastian: Daß man deutlich machen darf. Also, einerseits ist doch der Innenminister der Kontakt, der ja auch nicht in der Zuständigkeit war und das Umweltministerium. Herr Wienholdt gehört dem Umweltministerium an, mit dem haben wir die Absprache getroffen, und wir haben sie Punkt für Punkt erfüllt, was die Information und die Weiterleitung angeht.

Abg. Hentschel: Herr Bastian, mich interessiert etwas anderes jetzt in dem Zusammenhang. Wie oft ist von seiten des Innenministeriums bei Ihnen angerufen worden, wenn hier sich beklagt wird über die ständigen Rückfragen bereits am 31.10.? Das ist ja noch acht Tage vorher!

Dr. Bastian: Da mögen Sie den zuständigen Mitarbeiter -, ich habe mich jetzt nicht so weit vertieft mit der Akte beschäftigt, wann welche Anrufe zwischen Innenministerium und Katastrophenschutzabteilung -, es war zu dem Zeitpunkt weder ein Katastrophenfall noch ein schwerer Krisenfall. Daß Mitarbeiter – das meinte ich ja erst -, daß es versucht wurde, in eine Katastrophe hineinzutreiben den Kreis durch Gespräche und Argumente gewissermaßen, um mit an den Verhandlungstisch im Umweltministerium zu kommen. Das ist für uns sehr befremdlich, wenn man da unten sitzt, und daraus kann ich mir den Ärger verstehen, denn wir haben unsere Schularbeiten – glaube ich – bis zu diesem Zeitpunkt gemacht.

Abg. Hentschel: Verstehe ich Sie richtig, daß Sie mit der Lagebeurteilung des Umweltministeriums, daß es sich noch nicht um einen Katastrophenfall handelt, während dieser Zeit übereingestimmt haben?

Dr. Bastian: Es hat sich zu keinem Zeitpunkt um einen Katastrophenfall gehandelt. Das habe ich doch versucht, sehr deutlich zu machen. Gucken Sie mal ins Gesetz! Wenn wir mit unseren örtlichen Kräften überfordert sind, daß wir praktisch die Lage nicht mehr im Griff haben. Aber der Sonntag war ja der Tag, wo die größten Anlandungen waren. Und da haben es sogar die beiden Inseln allein geschafft, das im Griff zu behalten.

Abg. Hentschel: Es liegt mir hier ein Fax vor vom Landesamt für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, das gerichtet ist an Herrn Jungclaus, Herrn Olufs und weitere Adressen. Da steht drin - -

Abg. Kubicki: Herr Vorsitzender!

Vorsitzender: Darf ich mal! Der Abgeordnete Kubicki möchte etwas –

Abg. Kubicki: Wenn Vorhalte aus einem Fax gemacht werden sollen, frage ich den Kollegen Hentschel, ob dieses Fax bereits bei den Unterlagen des Ausschusses sich befindet in irgendeiner Form, oder ob Sie es

in anderer Art und Weise erhalten haben. Dann würde ich darum bitten, daß wir es zunächst zur Kenntnis nehmen können.

Abg. Hentschel: Ich gehe davon aus, daß bei den 50 Bänden dieses Fax auch enthalten ist. Im Zweifelsfall kann ich es - -

Abg. Kubicki: Allerdings sehe ich, Herr Kollege Hentschel, daß Sie dieses Fax, was Sie da in der Hand halten, nicht als Kopie in der Hand haben, sondern als Fax in der Hand haben, was darauf hin deutet, daß Sie es nicht von den Akten entnommen haben, sondern sich von irgend jemandem haben faxen lassen. Deswegen würde ich darum bitten, daß Sie dann zunächst dieses Fax, das Sie sich haben faxen lassen, erst einmal verteilen.

Abg. Hentschel: Herr Kubicki, ich habe kein Problem, das Fax auch noch einmal zu den Akten zu geben. Aber mir wurde gesagt, das Fax befinde sich bereits bei den Akten.

Vorsitzender: Kollege Hentschel, ich bitte dann, dieses dem Ausschuß unverzüglich zur Verfügung zu stellen, oder Sie weisen nach, in welchem Ordner dieses sich in den Unterlagen befindet.

Abg. Hentschel: Mache ich gerne!

Vorsitzender: Aber er kann natürlich die Frage stellen zunächst.

Abg. Hentschel: So, dann komme ich zu meiner Frage: Nachdem inzwischen Öl an die Strände treibt, möchte ich Ihnen nochmals offiziell die Mithilfe des Nationalparkservice bei der Beseitigung von Öl sowie dem Umgang mit Ölopfern anbieten. Auf Föhr kann der bestehende Kontakt zum Service direkt genutzt werden. Bezogen auf Amrum, Hoge und weitere Halligen möchte ich Sie bitten, bei Bedarf direkt an das Nationalparkamt heranzutreten. Wochenendbereitschaft besteht unter Telefonnummer und so weiter, Dr. Bernd Scherer.

Ist Ihnen bekannt, daß solche Hilfsangebote zu keinem Zeitpunkt akzeptiert worden sind, angenommen worden sind?

Dr. Bastian: Jetzt wollen wir doch mal über Zuständigkeiten reden, Herr Hentschel!

Das staatliche Umweltamt war die entscheidende Stelle als Unterbehörde sozusagen des Landes. Niemand sonst! Solche Hilfebegieren sind massenhaft gekommen von vielen Gästen, ehemaligen Gästen. Wir haben mit dem -, der Kreis Nordfriesland, unser Veterinäramt, hat sehr eng zusammengearbeitet mit dem Nationalparkamt in der originären Zuständigkeit zunächst einmal, nämlich Töten der Vögel. Da haben wir eine sehr vorbildliche Zusammenarbeit, glaube ich. Da ist auch das Nationalparkamt sehr pragmatisch vorgegangen, gegen die Proteste der Umweltschützer damals. Es gab ja einige, die gesagt haben, jeder Vogel muß gewaschen werden. Das ist die eine Schiene.

Solche Schreiben, sozusagen Hilfsangebote – wenn Hilfsangebote gekommen sind – es gab auch viele Schreiben, wo die Leute genau wußten, wie man das Problem löst. Das ging vom „Bomben auf das Schiff schmeißen“ bis hin zu allen möglichen, ja fast abstrusen Aktionen. Diese Schreiben haben wir dann – wie es sich gehört -, weitergeleitet in der Regel. Nur hier entsteht der Eindruck, der Kreis Nordfriesland sei Einsatzleitung. Wir waren nicht im Katastrophenfall. Die ELG hatte die Primärzuständigkeit, innerhalb des Landes Schleswig-Holstein der Umweltminister, darunter das staatliche Umweltamt. Das staatliche Umweltamt war in der Federführung in der Truppe vor Ort, und die haben die Einsätze zu leiten gehabt, Herr Oellerich!

Abg. Hentschel: Herr Bastian, ist es nicht richtig, daß – solange es keinen Katastrophenfall gibt – die direkte Einsatz vor Ort den jeweiligen Amtsvorstehern unterliegt?

Dr. Bastian: Ich möchte jetzt keine rechtliche - - Ich bin ja als Zeuge hier, nicht für ein Rechtsgutachten, aber Sie mögen sich dann

bitte einmal die Bund-Länder-Vereinbarung angucken, den örtlichen Geltungsbereich. Daran werden Sie feststellen, daß genau diese Zuständigkeiten ja modifiziert sind durch das Abkommen. Ich habe darauf hingewiesen: Ich halte da auch zum Beispiel für Klärungsbedarf, wenn das nicht ratifiziert ist, also keine Gesetzeskraft hat, so eine Bund-Länder-Vereinbarung, dann ist es problematisch, daß Länder Gesetz des Landtags modifizieren durch eine Vereinbarung. Diesen Fragen mögen Sie ja nochmal nachgehen. Nur, ich – denn das war die Absprache, auch mit Kesting -, wir halten uns als Kreis zurück. Es gibt keinen Kompetenzwirrwarr. Wir respektieren die vom Land festgelegten Zuständigkeiten, und wir helfen im Wege der Amtshilfe, mehr tun wir nicht.

Abg. Hentschel: Also ist es richtig, daß die Ölbeseitigungsarbeiten vor Ort in jedem Fall von den Amtsvorstehern der jeweiligen Gemeinden geleitet worden sind?

Dr. Bastian: Die haben sie durchgeführt, nach den Vorgaben im Grunde genommen von Oellerich und Co im ALR Husum. So sind die Zuständigkeiten. Das haben wir auch in Gesprächen – an dem Wochenende habe ich ja auch mit Herrn Jungclaus und Herrn Olufs gesprochen – sie nochmals darauf hingewiesen – das hatten wir im Vorfeld schon -, weil viele sich gefragt haben, wo ist eigentlich der Landrat von Nordfriesland? Das ist doch der Katastrophenschützer! Ja, man muß sich auch in solchen Situationen mal zurücknehmen können, wenn man diese Vereinbarungen trifft. Wir haben nach außen in keiner Weise gewirkt, weder pressemäßig, indem wir uns an diesem Lamento beteiligt haben als Kreisverwaltung, wie schlimm alles läuft. Nur hier muß ich doch jetzt wahrheitsgemäß berichten. Ich kann ja nicht sagen jetzt, es war alles in Butter, sondern wir wollen ja das nächste Mal besser -.

Abg. Hentschel: Ich versuche also nochmal zusammenzufassen. Die Amtsvorsteher der jeweiligen Gemeinden haben in Übereinstimmung mit dem ALR und dem Umwelt-

ministerium die Ölbeseitigungsarbeiten vor Ort geleitet, und der Kreis war nicht direkt involviert, weil Sie selber der Auffassung waren, daß es sich um keinen Katastrophenschutzfall handelt.

Dr. Bastian: Ich war nicht nur der Auffassung, es war objektiv kein Katastrophenfall, und die Zuständigkeiten waren andere. Wir waren im Wege der Amtshilfe bereit, unseren Rat einzubringen. Das haben wir allmorgendlich oder allabendlich in den Lagebesprechungen gemacht. Und wir haben den Kontakt gehalten, in Absprache mit Herrn Oellerich, zu den Hilfeorganisationen. Den Kontakt haben wir laufend. Von daher: Wenn Hilfeanforderungen gekommen wären – da ist ja kaum etwas gekommen –, dann hätte sofort Feuerwehr, THW und alles in Bewegung gesetzt werden können.

Abg. Hentschel: Es ist Ihnen also auch bekannt, daß während der gesamten Zeit sowohl die Bundeswehr als auch mehrere hundert Einsatzkräfte des THW auf dem Festland bereit standen, um im Zweifelsfall verstärkend einzugreifen.

Dr. Bastian: Das ist mir nicht nur bekannt, das ist auch unsere Anregung, das haben wir veranlaßt, Herr Hentschel! Haben wir veranlaßt. Sie können den Schriftverkehr des Kreises – wenn Sie auch alles durchlesen – werden Sie feststellen, daß Herr Müller schon vor der „Pallas“-Havarie im engeren Sinne schon den Kontakt zu Oberstleutnant Köster gehalten hat. Er hat ihn auf dem Laufenden gehalten. Sie werden feststellen, daß es intensivste Kontakte zu Feuerwehr und THW gegeben hat. So war die Absprache. Arbeitsteilig nach außen, die Entscheidungskompetenz eindeutig beim Umweltminister und seinem staatlichen Umweltamt. Wir sind im Team mit integriert und helfen gemäß Absprache.

Abg. Hentschel: Ist es denn richtig, daß zu jedem Zeitpunkt genügend Einsatzkräfte zur Verfügung standen?

Dr. Bastian: Nach unserer Einschätzung waren zu jeder Zeit genügend Verfügungskräfte da, die ja oft nachher gar nicht gebraucht wurden. Und ich sagte erst schon: Wir haben die Grundentscheidung getroffen, nicht alles auf die Insel, denn das frustriert ja auch, wenn man da nachher nichts zu tun hat, sondern immer: Morgens wird entschieden, nach der Befliegung, wo zusätzliche Kräfte gebraucht werden, und daß man dann von Tag zu Tag entscheidet, wo Zusatzkräfte sind. Bei einer Grundlast technische Ausstattung und Personal. Grundlast wird getragen von den ALR-Mitarbeitern, das sind hauptamtliche Kräfte, Zusatzkräfte dann die Örtlichkeit sozusagen, das ist die zweite Deichlinie. Dritte Linie: Vom Festland kommen weitere Kräfte, wenn dann weitere erforderlich sind.

Abg. Hentschel: Alle örtlichen Behörden waren darüber informiert, daß sie jederzeit zusätzliche Kräfte anfordern können, wenn es nötig ist?

Dr. Bastian: So waren wir informiert, daß zusätzliche Kräfte angefordert werden. Es hat am Montag - vielleicht auch noch als Zusatzinformation; ich war ja damals mitten im Wahlkampf, pikanterweise - mit Herrn Roth, der Abgesandter der Insel Föhr war, mein Gegenkandidat, ein sehr konstruktives Gespräch gegeben, wo wir genau das auch noch mal festgelegt haben, wie die Anforderung ist, in welchen Dimensionen, Hauptamt vor Ehrenamt, für die Grundlast, daß die Kräfte vor Ort da sind. Es gibt einen Vermerk - der müßte auch bei Ihren Akten sein - über das Gespräch mit Herrn Roth, Herrn Müller, Herrn Dreeßen und mir. Das war die Gesprächsrunde nach meiner Erinnerung.

Abg. Hentschel: Können Sie sich erinnern, wann zum letzten Mal der Katastrophenschutzfall ausgerufen worden ist?

Dr. Bastian: In meiner Amtszeit nicht. Deshalb kann ich mich daran auch nicht erinnern. Ich weiß, daß damals - ich glaube, 1992 - in Nordfriesland zum letzten Mal ein Katastro-

phenfall war. Das war damals die Sturmflut Dagebüll, wo der Deich zu brechen drohte.

Abg. Hentschel: Das heißt, das Amt für Katastrophenschutz ist seit dem Zeitpunkt nicht mehr im Einsatz gewesen?

Dr. Bastian: Es ist permanent im Einsatz. Anders als in diesen Krisensituation haben wir Katastrophenabwehrpläne, die besprochen werden mit den beteiligten Hilfsorganisationen, die von denen mit getragen werden. Es gibt Katastrophenübungen. Das ist permanent im Einsatz im Sinne von: Wir sind vorbereitet, hoffentlich, auf die Katastrophen.

Abg. Hentschel: Aber Sie haben - - Sie sind immer vorbereitet und sind permanent im Einsatz, aber es ist kein Fall eingetreten, wo Sie operativ tätig werden mußten?

Dr. Bastian: Gott sei Dank.

Abg. Hentschel: Ich danke Ihnen für Ihre Auskünfte.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

Abg. Kubicki: Herr Landrat Dr. Bastian, Sie haben vorhin geschildert, man habe Sie - das heißt, Sie in Person möglicherweise oder den Kreis; da komme ich gleich drauf - aufgefördert oder gedrängt oder Sie hatten den Eindruck, daß die Katastrophe ausgerufen werden sollte, damit das Innenministerium zuständig wird. Können Sie dem Ausschuß oder mir Personen nennen, an die Sie sich erinnern in dem Zusammenhang, die Sie gedrängt haben in diese Richtung?

Dr. Bastian: Ich persönlich bin nicht angegangen worden. Ich sagte schon sehr deutlich: Weder der Minister noch der Staatssekretär haben in dieser Richtung auf den Kreis eingewirkt. Es war die Arbeitsebene. Es ist - - Da kann ich nur sagen: Zeuge vom Hörensagen; ich war bei den Gesprächen nicht dabei. Nach meiner Erinnerung ist der Name Preugschat gefallen.

Abg. Kubicki: Preugschat. Wem gegenüber, wissen Sie das noch, bei Ihnen?

Dr. Bastian: Das müßte dann Herr Dreeßen wohl gewesen sein oder Herr Hausschild, einer von den beiden, Herr Hausschild oder Herr - -

Abg. Kubicki: Herr Dreeßen oder Herr Hausschild.

Dr. Bastian: Ja.

Abg. Kubicki: Ich komme darauf gleich noch mal zurück. - Haben Sie Ihrerseits - das ist ansatzweise schon mal gefragt worden - mal versucht, die Staatssekretärin - - ist es, glaube ich. Oder ist das ein Staatssekretär im Umweltministerium? - - die Staatssekretärin oder den Minister des Umweltministeriums zu erreichen, um darauf hinzuweisen, daß da was falsch läuft?

Dr. Bastian: Ich habe - - Vom Grundsatz her bin ich der Auffassung, man soll die Konflikte mit denen austragen, mit denen man dabei ist. Ich war ja guter Hoffnung nach dem Wochenende, daß diese Anregung von uns von Herrn Kesting umgesetzt werden. Sie sind ja auch umgesetzt worden, wenn auch mit zeitlichem Verzug. Also, ich habe keine Notwendigkeit gesehen, jetzt die Ministeriumsspitze zu behelligen.

Abg. Kubicki: Gut. - Am 09.11. - das haben Sie vorhin ausgeführt - hatten Sie eine richtige Wut im Bauch. Hat sich diese Wut in irgendeiner Form entladen? Haben Sie Stellung genommen, schriftlich möglicherweise, gegenüber der Landesregierung und, wenn ja, wem gegenüber?

Dr. Bastian: Nein. Ich habe nur eine Spontanreaktion - - Sonst - ich habe es schon gesagt - haben Sie ja kaum mal eine Presse, Berichte über meine Reaktionen und meine - - Es waren ja viele Besserwisser da im Gang. Alle wußten, wie man es genau macht. Ich habe mich da sehr zurückgehalten. Es gab nur am Dienstag in den „Husumer Nachrichten“ dann den Bericht

von Jörg Fuchs, wo genau dieser Ärger dann zum Ausdruck kam. Um 16:00 Uhr rief er mich an, und ich konnte ihm nichts zur Lage sagen, weil ich keinen Lagebericht hatte. Da, in diesem - - was ich dann auch - - sonst sollte man sich ja sehr zurück - - habe ich gesagt: Ich finde es langsam ärgerlich - sinngemäß -, auch um 16:00 Uhr hat noch nicht mal der Landrat einen Lagebericht. - Insoweit ist der Ärger nur gegangen. Nächsten Tag klappte es denn ja. Wir sind dann wieder ins Gespräch gegangen. Man hat dann vor Ort vereinbart, wie man einen Lagebericht gestaltet - da haben wir auch Hilfestellung geleistet -, und dann ist es ab Dienstag gekommen.

Abg. Kubicki: Können Sie sich am 09.11. an ein Telefonat möglicherweise erinnern mit oder gegenüber Mitgliedern der Landesregierung, wo Sie erklärt haben, daß das Chaos langsam ein Ende haben muß und daß man dafür sorgen muß, daß das - - koordiniert vorgehen soll?

Dr. Bastian: Ich meine, das war ein Gespräch mit Staatssekretär Wegener. Ob das der Montag oder Dienstag war, kann ich nicht sagen. Es müßte wohl das Gespräch mit Staatssekretär Wegener gewesen sein.

(Zuruf)

Abg. Kubicki: Ich muß das auch aus meiner Erinnerung machen. Mir ist in Erinnerung - jetzt weiß ich nicht, ob es ein Schreiben von Ihnen war oder ein Vermerk - - über ein Gespräch mit Ihnen - aber ich kann es dann noch raussuchen lassen -, das dann zum Anlaß genommen wurde, auch seitens des Innenministeriums, gegenüber der Staatskanzlei und der Ministerpräsidentin tätig zu werden. 9. November, das ist ein - - Ach! Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der Union; die sind ja besser vorbereitet als wir, was äußerst ungewöhnlich ist.

(Heiterkeit - Zuruf: Geben Sie es wieder her!)

Ich darf das mal machen. - „Gefahren- und Schadenlage ‘Pallas’“ - es ist ein Vermerk von Herrn Preugschat. Da sagt er:

„Der Unterzeichner bat Landrat Dr. Bastian telefonisch um eine Lageeinschätzung. Dieser teilte mit, daß die Lage auf den Inseln kritisch werde. Hier werde durch die zuständige Stelle nichts richtig koordiniert. Die Container seien voll und würden nicht abgeholt. Es werde Zeit, daß die Ministerpräsidentin endlich die Zügel in die Hand nimmt und die in Kiel zusammenlaufenden Aktionen richtig koordiniere.“

Der Unterzeichner antwortet, daß das MUNF sich bisher eine Einmischung des IM verbeten habe und die Leitung des Hauses über seinen überraschenden Hilferuf umgehend informiert werde.

Ist die Einschätzung, die Herr Preugschat - - dieses Hilferufes, der Koordination hatte - - zutreffend oder nicht zutreffend?

Dr. Bastian: Das Gespräch mit Preugschat hat es gegeben. Jetzt kommt die Erinnerung wieder. Ich hatte mehr das Gespräch mit Herrn Wegener, wo ich mich sinngemäß ähnlich geäußert habe - - Das war eben der Montag der Verärgerung - nachher bin ich ja wieder sehr viel ruhiger gewesen -, weil man eben einen bestimmten Bewußtseinsstand nach Gesprächen hat. Man ging davon aus, es werde was umgesetzt. Es wurde nichts umgesetzt. Dieses, das ist ja nun auch nicht ein abgestimmter Vermerk, sondern da habe ich auch in dem Gespräch deutlich gemacht: Ich habe langsam den Eindruck, daß ihr da ein Problem habt in der Koordination untereinander. - In dem Zusammenhang habe ich gesagt: Da gibt es doch eine Kabinettsordnung: Wenn zwei Minister sich streiten, dann entscheidet die Ministerpräsidentin. - So. Das ist doch das kleine Einmaleins der Regierungstechnik.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk!

Abg. Spoorendonk: Ich habe auch noch ein paar Nachfragen. Sie sagten vorhin, Sie hätten sich auch sehr darüber geärgert, daß von seiten der ELG man sich dann erst mal mit dem Reeder - - oder wollte, daß der Reeder so ein Ölentorgungskonzept entwickeln sollte. Meine Frage ist: Ist das jetzt im nachhinein, ist dieser Ärger im nachhinein gekommen, oder ist das schon ein zeitnahe Ärger gewesen? Haben Sie dem auch irgendwie Ausdruck gegeben? Sind Sie irgendwie beteiligt gewesen?

Dr. Bastian: Nein. Ich wiederhole mich jetzt: Unsere Aufgabe vor Ort war, das Öl vom Strand und Ufer zu beseitigen. Am Rande hat man da natürlich sich da Gedanken gemacht. Wenn wir über Ärger sprechen - - Das war auch der fragliche Montag. Daß am Montag die Schiffspläne und die Staupläne besorgt werden, das habe ich auch versucht, Herrn Kesting deutlich zu machen. Normalerweise arbeitet man in Krisen- und Katastrophensituationen so: Jetzt ist der Ist-Zustand. Die folgende Situation durchdenke ich, das Folgeszenario, und denke es mal zu Ende. - Niemand hatte doch ... (akustisch unverständlich) Wochen vorher schon die Staupläne und die Schiffspläne, spätestens seit das Schiff da auf der Sandbank lag. Diese Fragen sind nicht meine, oder das sind Randfragen in Gesprächen gewesen, über die man auch gesprochen hat. Aber - ich wiederhole mich - es war nicht Aufgabe des Kreises Nordfriesland und derer vor Ort, das Löschen, das Bergen des Holzes und das auslaufende Öl zu bekämpfen. Das sind andere Zustände. Da sind wir nun wirklich weit davon entfernt gewesen. Da gab es ja so viel Kluge, die in der Presse was dazu gesagt haben. Da sah ich nun keine Veranlassung, noch Weiteres dazu beizutragen.

Abg. Spoorendonk: Wenn ich das richtig verstanden habe, dann haben Sie sich - - dann geben Sie eine Meinung kund zu diesem Problem. Sie sind also nicht gefragt worden und haben auch keine Einflußmöglichkeiten wahrgenommen. Sie geben jetzt eine Meinung dazu kund.

Dr. Bastian: Ich kann nur diese Meinung wiedergeben. Wie jeder macht man sich Gedanken in so einem Krisenfall: Was ist gut gelaufen? Was ist schlecht gelaufen? - Nur, wenn Sie in der Zusammenarbeit mit Landesdienststellen sind, dann beschränken Sie sich auf Ihre Zuständigkeit im wesentlichen, dort, wo Sie Handlungsbedarf haben, wo Koordinationsbedarf ist, wo Informationsbedarf ist, daß man ganz einfach - - Unser Schwerpunkt - das gilt für die Amtsvorsteher und den Landrat gleichermaßen - war einfach: Wie kriegen wir das Öl nach jeder Flut weg, damit auch im Tourismus keine Dauerschäden entstehen im Sinne von Verwehungen, Öl nachher verweht, und dann buddeln die Kinder und kriegen nachher Öl dann?

Abg. Spoorendonk: Okay. - Der Kollege Kubicki hat schon nachgefragt zu Ihrer Äußerung zum 09.11., wo Sie denn auch eine Meinung kundtaten, relativ unvorbereitet; das ist schon geklärt.

Ich frage dann noch mal, auch so ein bißchen - sage ich mal - unter menschlichen Gesichtspunkten, weil wir ja alle hinterher immer viel klüger sind. Dann frage ich: Haben Sie dann Ihre Einflußmöglichkeiten genutzt? Sie haben in den Telefonaten deutlich gemacht, wie unzufrieden Sie sind. Haben Sie irgendwie - sage ich mal so - - Sie hätten ja auch - - Ich meine, das steht Ihnen ja zu als Landrat. Sie hätten ja auch - ich sage jetzt mal - der Ministerpräsidentin schreiben können: So, jetzt, genug ist genug. Jetzt möchte ich gerne - - Diese Möglichkeiten, haben Sie die wahrgenommen?

Dr. Bastian: Nein. Sie müssen jetzt auch mal ganz normal - - Ich bin ein normaler Mensch mit Familie und habe am Wochenende von zu Hause aus telefoniert. Ich bin, wie gesagt, direkt zurückkommen, und da haben Sie nicht die dienstlichen Mittel, noch viele Schreiben zu machen. Natürlich können Sie dann Ihre Sekretärin zurückbitten, um noch ärgerliche Schreiben - - Es darf auch jetzt nicht der falsche Eindruck aufkommen. Hier geht es nicht um Vorwürfe, Stab bre-

chen über Menschen, sondern hier geht es um eine schonungslose Analyse, was nächstes Mal besser laufen muß.

Das zweite, was mir sehr wichtig ist, daß in diesem Bereich jetzt nicht der ganze Zeitraum schlecht gelaufen ist. In der entscheidenden Phase zwischen Erklärung zum Wrack - dann war unglücklicherweise mal wieder ein Wochenende; leider ist das fast immer so in diesen Krisensituationen - - da waren keine Strukturen vorprogrammiert, die man im Vorfeld vielleicht hätte programmieren müssen. Man hat sich dann - - man hat improvisiert und ist wieder zu vernünftigen Strukturen gekommen. Ab Dienstag lief es vor Ort gut. Es ist auch in der Folgezeit gut - - damit man auch nicht vergißt, was der volle Teil des Glases ist. Auch vor Ort haben doch die beiden Amtsvorsteher vorbildliche Arbeit geleistet, indem sie ohne große Vorgaben von oben die Arbeit einfach gemacht haben.

Aber dann kam das Folgeproblem: Wo bleiben wir mit dem Öl? Die Logistik war auch nicht abschließend geklärt. Also, es lief dann anschließend gut. Dann muß man nicht lange Schreiben schicken, wenn die Arbeitsebene sich unten vernünftig koordiniert trotz fehlender Vorgaben von oben.

Abg. Spoorendonk: Noch eine Frage. Ich habe hier auch - das ist dann von der ELG, also diese Beschlüsse der ELG - - Zum Beispiel geht daraus hervor, daß man am 07.11. - - Da steht da - ich zitiere mal -:

„Die ELG beschließt, zur Vorsorge Pontons der ALR auf Nordstrand mit Sperren bereitzustellen.“

Dann steht da - noch ein weiteres Zitat - am 08.11.:

„Auf Vorschlag von Herrn Kesting beschließt die ELG, die ‘Sardine’ von Büsum nach Husum zu verlegen und für die Strandreinigungsmaßnahmen auszurüsten.“

Diese Beschlüsse werden von der ELG getroffen. Jetzt haben wir ein Organigramm, und da steht denn:

„Die örtlich zuständigen Behörden setzen die ELG-Entscheidungen um.“

Diese Beschlüsse sind denn auch umgesetzt worden, oder? Können Sie dazu eine Einschätzung - -

Dr. Bastian: Also, örtlich zuständige Behörde ist die vom Land bestimmte Behörde, und die vom Land bestimmte Behörde ist das Staatliche Umweltamt. Das ist in der Person des Herrn Oelerich. So sind unsere Entscheidungsstrukturen gewesen. Wir haben in dem Bereich weder die Beschlüsse immer gekriegt. Ich sagte schon, die ELG-Presseberichte haben wir bekommen, nicht die ELG-Beschlüsse. Ist auch nicht erforderlich, daß man nun zugemüllt wird mit Papier. Wichtig ist, daß man die Teile kriegt als Exzerpt, die man braucht, um Einsatzkräfte heranzuführen, um zu sehen: Wie ist die Lage? Was ist abends gewesen? Was droht uns nächsten Morgen? Was ist am nächsten Morgen dann festgestellt worden? Brauchen die Hilfe oder nicht? „Die“, das sind letztlich die Amtsvorsteher, die dann den Einsatz vor Ort leiten.

Abg. Spoorendonk: Ich frage auch, um einschätzen zu können. Sie kommen ja mit Kritik. Es hat anscheinend - - Also, diese Beschlüsse sind dann umgesetzt worden. Ich wollte nur versuchen, Ihre Kritik dann auch besser einschätzen zu können. Also, hat - - Zu diesen beiden Vorfällen haben Sie dann keine Kritik zu äußern?

Dr. Bastian: Ich habe mich mit diesen Vorfällen ja gar nicht befaßt. Ich bin nicht in dem laufenden Geschäft. Wenn Sie die Ölbekämpfungsschiffe nehmen, das war ja die - - Sozusagen erste Punkt war, Ölbeseitigung an Bord, abpumpen; zweite: Da fließt was aus, daß es gar nicht an Land kommt. Dann waren wir in der Örtlichkeit ja erst dran, in der dritten Deichlinie. Das heißt, wenn alle Stricke reißen, dann landet Öl an Land an.

Das zu beseitigen, nur darum haben wir uns im Kern gekümmert. Wir haben uns nicht jetzt intensiv eingebracht in solche Beschlüsse. Das muß das Land ja selbst regeln.

Abg. Spoorendonk: Ich frage auch deshalb, weil Sie ja - ich habe das nur als Beispiel hier angeführt - aus den Strukturen - - oder die unklaren Strukturen hier bemängelt haben, ELG, Landkreis.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk, nehmen Sie bitte das Mikrophon.

Abg. Spoorendonk: Entschuldigung! - Also, weil Sie ja diese unklaren Strukturen bemängelt haben. Sie haben auch weiterhin bemängelt, daß es diese ELG-Richtlinien gibt, also seit 96, und daß man versäumt hat, das dann irgendwie zu ratifizieren. Wenigstens stimmt das mit der Gesetzeslage nicht überein, wenn ich das richtig verstanden habe.

Dr. Bastian: Möglicherweise. Es gibt einen Vertrag, und es gibt eine Richtlinie. Das ist eine Ausführung, sozusagen eine Erläuterung zu dem Vertrag. Dieser Vertrag modifiziert im Kern unsere Zuständigkeiten, in der Absicht - ob juristisch, das können Leute wie Herr Kubicki, die da viel klüger sind, auch dann letztlich beantworten, oder die Ministeriumsvertreter.

Hier geht es nicht darum, daß es für - - den Vertrag und die Richtlinie gibt, sondern es muß dann in Ausfüllung - - Es ist ja so, daß die ELG nicht die allmächtige ELG oben ist, sondern nach den Vorgaben führen die örtlichen Behörden aus; so ähnlich steht das darin. Dieses, da muß jeder Vertragsstaat doch in diesem Bereich die Schularbeiten machen: Wer ist die zuständige Stelle bei uns in der Ministeriumsebene? Wie wird auf der nächsten Ebene koordiniert? Wie grenzen wir, wenn ich oben und unten habe, ab miteinander? Wo enden die Aufgaben der oberen Ebene, wo der unteren Ebene? Immer in dem vorgegebenen Rahmen der ELG. Nach meinem Verständnis gibt die ELG auch Rahmenvorgaben; so ist jedenfalls das

Abkommen. Ich bin aber nicht im Tagesgeschäft. Ich bin auch nicht hier jetzt Berater für solche Dinge. Aber wenn man Leidtragender unten war teilweise durch unklare Entscheidungs- und Informationsstrukturen - das sind ja die beiden entscheidenden Punkte, mit klarer Aufgabenabgrenzung -, dann denkt man doch darüber nach, wie es besser gehen sollte. Das ist auch nicht - - Bitte verstehen Sie mich nicht falsch; ich möchte hier nicht Stab brechen, sondern ich möchte, daß es nächstes Mal besser läuft. Da sind wir doch alle interessiert, daß es dann in diese Richtung läuft.

Abg. Spoorendonk: Okay. Aber Sie konnten dann auch diese Richtlinien?

Dr. Bastian: Ja.

Abg. Spoorendonk: Gut. - Dann sprachen Sie an - jetzt weiß ich im Moment aus dem Kopf nicht - diese Erfahrungen mit Sylt aus dem Jahre 96. War das jetzt vor oder nach Inkrafttreten dieser Richtlinien?

Dr. Bastian: Nein. Es gibt einen Fall, Anlandung von Giftbeutel-Apron-plus. Das war in 94 meiner Erinnerung nach. Dann gab es eine Tankerwaschung auf der Nordsee mit Anlandungen auf Amrum; das muß 96 gewesen sein. Dann gab es diesen Vorfall in 98. Jedes Mal - - Ich nehme Apron plus. Damals war Hans Wiesen in der Doppelfunktion Umwelt und Landwirtschaft. Hat er gesagt: Der Landrat soll die Strände sperren. - Erinnerung ich noch sehr genau. Haben wir auch gesagt: Kommt gar nicht in die Tüte. Haben Sie sich schon mal überlegt: 400 Kilometer Küstenlinie in Nordfriesland, 220 Kilometer Deich; das wird ja nie was.

Dann haben wir auch ganz nüchtern damals mit dem Pflanzenschutzamt geguckt: Was ist da eigentlich drin? - Das ist eine Saatgutbeize. Während Griefahn in Niedersachsen mit solchen Gasmasken rumgelaufen ist, haben wir gesagt: Es darf nicht gegessen werden; das ist klar. Aber es ist nicht so, daß da nun so akute Gesundheitsgefahren sind, daß man da in Panik geraten muß. - Das ist etwas,

was Sie in Krisensituationen immer wieder haben. Damals war auch nicht klar: Wer macht was?

Jetzt haben wir dann bei Öl auf Amrum - - Das war ja an einem Wochenende beseitigt. Da war auch Wochenende und dann keine Informationen mehr. Da kam ich dann von einer Dienstreise zurück und mußte mir erst mal die Informationen holen. Dieses muß aus meiner Sicht massiv verändert werden. So, wie der Katastrophenfall vorgeregelt werden kann in den Informations- und Entscheidungsstrukturen, kann auch der Krisenfall vorgeregelt werden - nicht die Details der Inhalte; das können Sie nie.

Abg. Spoorendonk: Aber das haben Sie dann damals auch schon bemängelt?

Dr. Bastian: Es hat Gespräche gegeben. Es wird jetzt - - Ich bitte auch zu berücksichtigen: Man arbeitet auch irgendwo. - Es ist richtig, daß man damals das bemängelt hat, auch die ganzen Schadenersatzdinge, die Herr Kesting ja damals auch in der Verantwortung hatte. Da war ich dann unter dem Hut des Touristikers dabei, auch mal deutlich zu machen, daß da erhebliche Imageschäden entstanden sind und solche Dinge. Da haben wir auch über solche Dinge mal gesprochen, ja.

Abg. Spoorendonk: Ist das auch irgendwie vermerkt worden? Haben Sie darauf eine Reaktion bekommen?

Dr. Bastian: Nein. Ich gehöre nicht zu denen, die nur noch mit Schriftverkehr - - sondern ich versuche eigentlich, vieles immer mündlich zu regeln. Aber das ist natürlich dann bei Untersuchungsausschüssen auch ein Manko, daß man nicht alles immer in Schriftform hat.

Abg. Spoorendonk: Eine letzte Bemerkung, nur ein Kommentar. Ich bin - - Darum geht es mir nicht. Aber Sie kommen natürlich mit vehementer Kritik, und da will ich natürlich auch gerne sehen, was denn zwischenzeitlich

- sage ich jetzt mal - auch schon dagewesen ist.

Dr. Bastian: Das Heinemann-Zitat mit dem Finger und die Finger, die auf einen selbst weisen, ist völlig richtig, da stehe ich voll zu. Ich bin auch selbstkritisch genug zu sagen: Auch bei uns kann das eine oder andere besser - - Es geht hier nicht um Stab brechen - das sagte ich doch -, sondern nach vorne gucken. Nur, man - - Wenn ich hier zur Vollständigkeit belehrt werde, ich soll alles sagen, dann kann ich doch nicht verschweigen, daß es in einer Phase dieser Krise Unzulänglichkeiten gegeben hat. Wie immer, Sie werden in keiner Krise eine perfekte Krisenbewältigung haben; das sage ich genauso deutlich. Aber die nächste Krise muß besser laufen. Das muß doch unser Thema sein.

Vorsitzender: Herr Maurus!

Stellv. Vorsitzender: Herr Landrat, dpa meldet am 10. November 98, daß Sie vermißt haben, daß rechtzeitig Folgeszenarien erarbeitet worden sind, Lösungskonzepte und professionelles Management eingefordert haben. Ist das richtig?

Dr. Bastian: Das habe ich, glaube ich, hier eben auch ausgeführt. Das sind ja die Kernpunkte meiner Kritik gewesen, -

Stellv. Vorsitzender: Gut. Vielen Dank.

Dr. Bastian: - daß man in diesem Bereich praktisch am Montag sich die Schiffs- und Bergungspläne holte. Das war Anlaß für diese Äußerung. Das war diese Ärgerphase Montag, sage ich mal.

Stellv. Vorsitzender: Ich habe das nur noch mal zur Vervollständigung des Bildes hier vorgetragen.

Dann habe ich Ihren Akten entnommen, Kreis Nordfriesland, Band 1, Seite 140 auf der Rückseite, einen handschriftlichen Vermerk, den ich gerne als Beweismittel mit einbringen möchte, und zwar geht es dort um die Fahrt nach Wyk, die am 10.11.,

16:30 Uhr, stattgefunden hat mit den Teilnehmern Minister Steenblock, Herrn Wienholdt, Staatssekretär von Plüskow, Herrn Kamp, Herrn Gudat und Herrn Dreeßen. Auf diesem Gespräch ist das weitere Vorgehen besprochen worden. Jetzt die Frage eigentlich - der Vermerk müßte Ihnen eigentlich bekannt sein -: Ist dieser Vermerk Grundlage für die weitere Arbeit und Zusammenarbeit gewesen?

Dr. Bastian: Aus dem Vermerk - - Für die, die nicht jetzt präsent haben: Das war - - Der Hintergrund war: Minister Steenblock war von der Ministerpräsidentin ja Richtung Westküste geschickt worden. Ich kriegte eine Stunde vor Ankunft in Dagebüll den Anruf, ob ich bereit sei, mitzukommen auf die Insel. Nun waren wir mitten in einer Ausschußsitzung; ich weiß gar nicht mehr, was das war. Dann habe ich Herrn Dreeßen mitgeschickt und ihm mit auf den Weg gegeben, er möge diese Punkte, die ich heute auch angesprochen habe, beim Minister ansprechen. Er hat dann - - Aus diesem Vermerk ergibt sich, daß er insbesondere die Informationswege angesprochen hat. Dann heißt es:

„Auf dem Schiff werden die Informationswege angesprochen. Der MUNF bestreitet Versäumnisse. Nach ihrer Meinung verlief die Unterrichtung und Lagedarstellung der nach ... ohne Probleme.“

So. Es wird erst mal das Problem geleugnet. Dann: Die Pressearbeit soll wie bisher vom MUNF - - Das ist auch angesprochen worden, weil die dezentrale Pressearbeit, weil der Herr Oelerich völlig zusammengebrochen ist. Er muß ständig Presseanfragen beantworten und soll in der Lage voranschreiten; er soll die Krise bewältigen. Das ist zunächst mal in diesem Vermerk drin, daß das abgelehnt wird. Aber ich sagte schon: Später ist man dieser Anregung offenbar nachgekommen und hatte dann eine Frau Welz mit einem freiberuflichen Vertrag dort vor Ort angesiedelt, die dann morgens einmal eine Lagebesprechung machte mit

der Presse, daß die dann umfassend und authentisch informiert wurde.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank. Die letzte Frage, die ich habe: Hat sich die Neuorganisation des Amtes für Ländliche Räume hier irgendwie negativ bei der Bewältigung der Arbeit vor Ort ausgewirkt, also die Trennung des technischen Umweltschutzes vom ALR hin zum Staatlichen Umweltamt, von Husum nach Schleswig?

Dr. Bastian: Ich glaube, der Fachbegriff heißt: technischer Gewässerschutz. Das war ja ein Dezernat im ALR; das ist verlegt worden nach Schleswig. Wir haben in dieser Situation eine Menge bewegen können, weil wir uns kannten, und sind da sehr schnell zu relativ guten, gutlaufenden Strukturen gekommen. Bei uns im Kreis - - Es gibt auch eine Kreistagsresolution, die noch mal darauf hinweist: Der technische Gewässerschutz in Schleswig mit einem Personalwechsel - - Oelerich kannte jeder; der war ja mal ALR. Wenn da ein Personalwechsel stattfindet und dann man aus Schleswig entscheidet, was an der Westküste zu passieren hat, da könnte es gefährlich werden, vorsichtig ausgedrückt.

Wir haben in einer Resolution des Kreistages darauf hingewiesen, daß wir diese Entscheidung nicht für sachgerecht erachten und bitten, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Das gehört nach Husum, dort, wo die Katastrophenlagen sind, und nicht in Schleswig, wo dann nachher vielleicht, weil man sich nicht mehr persönlich kennt, eben nicht informell so schnell Mängel in der Vorbereitung ausgleichen kann. Das ist ja geschehen hier. Also, unsere Bitte war und bleibt: Technischer Gewässerschutz gehört nach Husum und nicht nach Schleswig ins Binnenland.

Stellv. Vorsitzender: Muß ich noch mal eine Nachfrage stellen: Diesem technischen Gewässerschutz sind die ganzen Ölabwehrschiffe zugeordnet, ist das richtig?

Dr. Bastian: Die sind zugeordnet, und zwar der Einsatz. Es ist so, daß das technische

Gerät wohl weiterhin beim ALR bleibt, aber daß die Oberhoheit über Einsatz dann beim Staatlichen Umweltamt ist. Da hängt auch mehr dran. Ich kenne jetzt nicht alle Details. Aber jedenfalls muß gewährleistet sein, daß in diesem Beritt eine ortsnahe Entscheidungskompetenz da ist und daß man auch die Leute untereinander - - daß die dienstlich Kontakt haben, bevor der Krisenfall kommt. Wir bitten - das ist jetzt nicht eine Bitte des Landrates, sondern des Kreistages insgesamt -, diese Entscheidung noch mal zu überprüfen.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone!

Abg. Dr. von Hielmcrone: Auch auf die Gefahr hin, daß es schon mal gefragt worden ist und ich es nicht mitgekriegt habe: Apron plus und hier diese Tankerwaschung, waren das ELG-Fälle?

Dr. Bastian: Was für Fälle?

(Zurufe: ELG-Fälle!)

Abg. Dr. von Hielmcrone: Waren das - -

Dr. Bastian: Nein. Das waren keine ELG-Fälle. Das war unterhalb der ELG-Schwelle. Apron plus war ja kein Öl, auch wenn Schadstoffe anrainen. Meines Wissens war das kein ELG-Fall. Das andere ist auch, glaube ich, ohne ELG abgewickelt worden. Das geht um andere Fälle. Aber ich will es natürlich - - Das ist ja das Entscheidende: Es ist eine Koordinationsleistung zwischen verschiedenen Häusern in der Landesregierung und zwischen verschiedenen Behörden vor Ort notwendig. Für solche Dinge kann man durch klare Entscheidungsstrukturen, glaube ich, Vorsorge treffen, was die Entscheidungsstrukturen anbelangt.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Das haben wir ja durchaus begriffen. - Die nächste Frage: Ist ein ELG-Fälle eigentlich mal geübt worden? Nun üben ja auch diese Katastrophenbehörden, und sehr zu Recht. Sind solche Fälle mal geübt worden?

Dr. Bastian: Ich kann mich an einen Fall in Nordfriesland nicht erinnern. Das heißt aber nicht, daß er nicht gewesen ist. Aber ich weiß, daß kurz vor der Strandung der „Pallas“ in Dithmarschen der Ölabwehrfall geübt worden ist und daß der Kollege Klimant höchst befremdet war, daß da zwei Schienen nebeneinanderliefen, er als Katastrophenschützer am Festland und Minister Steenblock auf See, der dann die Presse an Bord genommen hatte. Das ist ein Vorfall - fragen Sie mich nicht nach dem Monat -, ein paar Monate vor dem „Pallas“-Unfall. Da ist eigentlich schon offensichtlich geworden, daß da zwei Schienen nebeneinander arbeiten und daß das Teamdenken nicht besonders ausgeprägt ist.

Vorsitzender: Herr Benker!

Abg. Benker: Ich habe noch mal eine Frage, und zwar weil Sie vorhin in der Schilderung nach dem Freitag, dem 06.11., darlegten, daß man in die Zukunft hinein trifft - - vorbeugend Kräfteinsatz zu analysieren hat. Dort, in dem Zusammenhang erwähnten Sie was mit Stufe 1. Wenn das unterhalb des Katastrophenfalls ist: Wie kommen Sie auf diesen Begriff? Ist das nur fiktiv von Ihnen so genannt worden, oder worauf bezieht sich diese Stufe 1?

Dr. Bastian: Nein, Stufe 1 - - Dann habe ich mich mißverständlich ausgedrückt. Also, es gibt den Katastrophenfall; da sind ganz klare Strukturen: Innenminister, Landrat, die Einsatzkräfte vor Ort.

Abg. Benker: Alles klar.

Dr. Bastian: Hier ist ja - - Wenn es unterhalb des Katastrophenfalles ist, bleibt ja ganz klar die Zuständigkeit der Fachbehörde. Wir haben auch andere Krisenfälle. Wir können - - Im Veterinärbereich zum Beispiel, Schweinepest oder ähnliches. Da ist es ganz wichtig - das haben andere Häuser auch gemacht, die Fachkompetenzen haben -, daß man ganz klar vorher festlegt, wer kommt zusammen, wie ist die Zusammensetzung

der Truppe vor Ort, und wie sind die Entscheidungskompetenzen, -

Abg. Benker: Auch klar.

Dr. Bastian: - daß man da Transparenz reinbringt. Nichts anderes - - Um nichts anderes geht mir - - Das kann man leisten im Vorfeld.

Abg. Benker: Okay. Aber Sie meinten mit Stufe 1 einfach nur das als - - fiktiv.

Dr. Bastian: Nein, dann habe ich mich irgendwie - - Also, das ist hier nur unterhalb der Katastrophenschwelle. Das sind die Fälle, die man auch regeln muß aus meiner Sicht.

Abg. Benker: Zweiter Punkt, und zwar Sie haben über die Vorbereitungsgespräche mit der Bundeswehr gesprochen und Oberstleutnant Köster. Können Sie Bundeswehr auch unterhalb des Katastropheneinsatzes einsetzen?

Dr. Bastian: Im Wege der Amtshilfe ist alles möglich. Wenn wir in den Katastrophenfall gehen, geht es ja in das richtige Geld auch. Die Bundeswehr hat bei uns im Kreisgebiet wiederholt auch unterhalb der Katastrophenschwelle geholfen. Da ist eine große Hilfsbereitschaft. Dann muß man einfach vorher mit den übergeordneten Dienststellen abstimmen, damit nicht zu hohe Kosten entstehen, nicht daß da die großen Rechnungen dann nachher kommen.

Also, die Bereitschaft war da. Die standen Gewehr bei Fuß. - Verzeihen Sie den Ausdruck; das wäre vielleicht falsch. Aber sie hatten eben - - mit ihrem technischen Gerät und ihrem Personalstab waren sie verfügbar.

Abg. Benker: Verfügbar ja, aber nur im Rahmen der Amtshilfe; denn sonst ist es ja so, daß Sie eine bestimmte Stufe auslösen müssen, um sie überhaupt einsetzen zu können.

Dr. Bastian: Richtig. Aber wir waren noch weit davon entfernt, die Bundeswehr einset-

zen zu müssen, weil ja dazwischen noch auch vom Festland Feuerwehr und Technisches Hilfswerk noch vorher herangezogen worden wären.

Abg. Benker: Gut. - Dritter Punkt. Sie haben in dem Übergang, wo Sie die Sachstandsberichte zwischen 03. und 05. und dann den Pressebericht am 06. bekommen haben, davon gesprochen, daß es übergegangen ist von der Bringeschuld zur Holschuld. Das kann nicht angehen. Meinen Sie damit, daß Sie der Bringepflicht der anderen dadurch entgegengekommen sind, daß Sie sich das geholt haben? Denn wenn Sie von Holschuld sprechen und Ihre Behörde meinen, dann heißt das, daß Sie verpflichtet waren, die Informationen zusammentragen.

Dr. Bastian: Die ELG hat nach dem Abkommen eine Bringeschuld. Die soll vierstündlich berichten - so habe ich das in Erinnerung -, nach der Richtlinie. Die ELG berichtet an das Land. Das Land berichtet dem Landrat, der Landrat den Amtsvorstehern. Wenn wir uns soweit einig sind.

Abg. Benker: Alles klar.

Dr. Bastian: Es kann sein, daß mir was entgangen sind. Aber gucken Sie die Akte mal durch: Wieviel Lageberichte haben wir denn nach dem Freitag gekriegt? - Das meine ich: Die Bringeschuld liegt bei denen, die in der Koordination sind und die von uns Mitwirkungsbefugnisse erwarten. Wir müssen nicht fragen: Wie ist die Lage? Sollen wir helfen? - Verstehen Sie?

Abg. Benker: Das verstehe ich. Aber Sie haben von Holschuld gesprochen, und das ist dann in dem Zusammenhang - -

Dr. Bastian: „Information als Holschuld“, wollte ich mit ausdrücken: Ich muß Herrn Kesting anrufen, um zu fragen, was los ist, und Herr Kesting berichtet - - Nicht - - Jetzt meine ich bitte nicht personenbezogen wieder, sondern das Umweltministerium berichtet uns nicht von selbst.

Abg. Benker: Gut.

(Zuruf des Abg. Dr. von Hielmcrone -
Unruhe)

Vorsitzender: Ich bitte um Ruhe. - Herr Hentschel!

Abg. Hentschel: Herr Dr. Bastian, die Situation der verschiedenen Behörden, die zuständig waren, insbesondere daß es eben dann die ELG gab als Bundesbehörde, die Küstenwache in Cuxhaven für das, was im Vorfelde passiert, bevor das Öl ausläuft, das Bundesverkehrsministerium als Zuständigkeit auf See und das Umweltministerium in Kiel für die Zuständigkeit im Landbereich, wenn Öl angeschwemmt wird: Haben Sie Vorschläge, wie das verbessert werden kann?

Dr. Bastian: Da gibt es sehr viel kompetentere Menschen, die für dieses Sicherheitskonzept, wie die Zuständigkeiten in Zukunft geordnet werden - - Nur, es gab hier nur eine Zuständigkeit, weil hier immer von verschiedenen Zuständigkeiten - - Für diesen Schadenfall legt die Bund-Länder-Vereinbarung eine Zuständigkeit fest, und das ist die ELG. Jedes Land ist in der Pflicht, auch eine Zuständigkeit festzulegen. Da gibt es kein Zuständigkeitswirrwarr aus meiner Sicht.

Abg. Hentschel: Also, Sie sind der Auffassung, daß - -

Dr. Bastian: Im Vorfeld, ja; da haben Sie recht.

Abg. Hentschel: Sie sind der Auffassung, daß es zu dem Zeitpunkt, wo das zum Wrack erklärt worden ist - - die Zuständigkeit für Sie war klar; das war die ELG.

Dr. Bastian: Das ist die ELG in Verbindung mit dem zuständigen Landesministerium. So ist das Abkommen ja angelegt. Das ist nicht die ELG allein, sondern, wenn Sie da nachlesen, werden Sie doch feststellen, daß nach den Vorgaben der ELG die Örtlichkeit den Schaden zu bekämpfen hat. So steht es fast wörtlich drin, meine ich. Das heißt, es gibt

nur eine Zuständigkeit im Lande Schleswig-Holstein für diesen Fall; das ist das Umweltministerium.

Abg. Hentschel: Waren Sie denn darüber irritiert, daß sich ein anderes Ministerium des öfteren bei Ihnen gemeldet hat?

Dr. Bastian: Das hatte ich doch versucht deutlich zu machen. Natürlich ist man irritiert. Meine Reaktion war: Löst das doch selbst - tragt das nicht auf unserem Rücken aus -, notfalls durch eine Entscheidung der Ministerpräsidentin. Das löst immer unten Irritationen aus, wenn eine Behörde mit zwei Stimmen spricht.

Abg. Hentschel: Dann habe ich noch mal eine Frage zu dem, was vor Ort gelaufen ist. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sind die Ölentsorgungsarbeiten vor Ort ordnungsgemäß abgelaufen.

Dr. Bastian: Die Arbeiten sind gut gelaufen nach anfänglichen Anfangsschwierigkeiten, ja. Also, Montag war sozusagen - - Sonntag, Montag, da war etwas Verwirrung, Unklarheit. Nachdem man sich vor Ort vernünftig koordiniert hatte, lief es trotz ELG und oberen Zuständigkeiten.

Abg. Hentschel: Was ist denn am Sonntag nicht optimal gelaufen vor Ort bei den Entsorgungsarbeiten des Öls?

Dr. Bastian: Die Entsorgungsarbeiten selbst, da werden Sie ja die beiden Amtsvorsteher noch hören, haben die in die Hand genommen und haben sie koordiniert und hervorragend abgewickelt. Aber es geht dann um Folgeprobleme, wo man übergeordnete Dienststellen - - Beispiel Logistik: Wenn dann am Montag die Frage kommt: „Was machen wir eigentlich mit dem aufgesammelten Öl?“, dann hat man - - Das werden Sie gleich noch alles erfahren, wie es da gelaufen ist. Da war keine Vorsorge: Wo lassen wir das Öl eigentlich? Dann hat man private Betriebe in Anspruch genommen und ähnliches. Nur, da kann ich Authentisches nicht berichten. Dazu haben Sie ja noch zwei

andere Zeugen, die Ihnen das mal berichten werden. Wie die Folgeprobleme - - Die Arbeit ist geleistet worden. Aber die Begleitlogistik, wo man sich ja auch normalerweise vorher Gedanken macht im Folgeszenario, die - - da war die Vorsorge nach meiner Einschätzung unzulänglich getroffen.

Abg. Hentschel: Danke schön.

Vorsitzender: Frau Todsen-Reese!

(Abg. Todsen-Reese: Ich ziehe zurück!)

- Danke. - Wir haben keine weiteren Fragen. Ich bedanke mich, Landrat Bastian, daß Sie es 90 Minuten mit uns ausgehalten haben und wir mit Ihnen. Gute Heimreise!

Ich unterbreche für fünf Minuten, bis zwanzig vor zwölf. Dann hören wir die nächste Auskunftsperson.

(Unterbrechung: 11:35 bis 11:41 Uhr)

Vernehmung der Auskunftsperson Jürgen Jungclaus

Vorsitzender: Wir setzen unsere öffentliche Einvernahme fort. Ich begrüße Herrn Amtsvorsteher Jungclaus. Herr Jungclaus, Sie sind heute vor dem „Pallas“-Untersuchungsausschuß als Auskunftsperson erschienen. Das Beweisthema, zu dem Sie sich äußern sollen, ist Ihnen in der Ladung mitgeteilt worden. Ihre Aussagegenehmigung liegt uns - - Ist nicht erforderlich, wird mir von der Seite gesagt. Entschuldigung!

Bevor Sie sich zu dem Beweisthema äußern, muß ich Sie noch auf folgendes hinweisen: Sie haben vor diesem Untersuchungsausschuß genauso wie vor einem Gericht wahrheitsgemäß auszusagen. Das bedeutet, daß Sie dem Ausschuß alles, was Sie zu diesem Thema wissen, mitzuteilen haben. Sie dürfen nichts hinzufügen, Sie dürfen aber auch nichts weglassen. Das gilt sowohl für Ihre Angaben zur Person als auch Ihre Aussagen zur Sache. Sie können die Aussage verweigern, wenn Sie sich selbst oder einen Ihrer Angehörigen durch die Beantwortung der Gefahr aussetzen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden oder wenn die Beantwortung einem Ihrer Angehörigen schwerwiegende Nachteile bringen würde.

Sie müssen damit rechnen, daß Sie Ihre Aussage vor dem Ausschuß beidein müssen. In diesem Zusammenhang weise ich Sie - rein vorsorglich - besonders auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage oder eines Meineides hin. Diese Belehrung erfolgt nicht aus Mißtrauen Ihnen gegenüber, sondern weil ich dazu gesetzlich verpflichtet bin.

Bevor ich Sie zur Sache vernehme, muß ich Sie vorher zur Person vernehmen. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen, Ihr Alter, Ihren Wohnort und Ihren Beruf mitzuteilen. Bitte schön!

Jungclaus: Mein Name ist Jürgen Jungclaus. Ich bin 49 Jahre alt, von Beruf Zollbeamter, ehrenamtlicher Amtsvorsteher

der Insel Amrum und wohnhaft auf der Insel, in Wittdün auf Amrum.

Vorsitzender: Danke schön. - Dann bitte ich Sie, Herr Jungclaus, uns jetzt zu schildern, was Sie nach der Havarie der „Pallas“ und den Folgen aus dieser Havarie in Ihrer Funktion als Amtsvorsteher veranlaßt haben und getan haben.

Jungclaus: Die Bevölkerung der Insel Amrum mit allen politisch Tätigen hat mit großer Sorge das in der Nordsee treibende Schiff „Pallas“ beobachtet und dann mit Schrecken am 29. Oktober feststellen müssen, daß dieses Schiff etwa 6 Meilen vor unserer Küste strandete. Zu dem Zeitpunkt hatten wir noch sehr schlechtes Wetter, und viele, vor allen Dingen ältere Amrumer, konnten sich noch gut an die Strandung des Erzfrachters „Pella“ erinnern, der nur unweit davon entfernt in den sechziger Jahren strandete und nach einem Tag oder nach zwei Tagen bereits auseinanderbrach.

Wir wußten von dem Schiff nur, daß es herrenlos durch die Nordsee getrieben war. Wir wußten, daß dieses Schiff mit Holz beladen war und eine nicht bekannte Menge Treibstoff sich an Bord befand. Die Gefahr, daß dieses Schiff dort an der Stelle auseinanderbrechen würde, war uns bekannt. Wir haben fast auch täglich damit gerechnet. Die Hinweise auf die besondere Stabilität, das Schiff hätte Eisklasse - - würde ein Auseinanderbrechen verhindern, waren für uns nicht tröstlich. Das wurde auch nicht für bare Münze genommen.

Ich mache einen Schritt zu dem Zeitpunkt, als uns dann das ausgetretene Öl erreichte.

Vorsitzender: Wann war das?

Jungclaus: Ich habe jetzt - - Müßte ich jetzt nachgucken, das Datum. 29. ist der gestrandet, also nach wenigen Tagen. Die Chronologie jetzt, wann das Öl auch Amrum erreicht hat, Föhr und Sylt ist ja bekannt. Die habe ich jetzt, wie gesagt, so nicht im Kopf.

(Abg. Hentschel: Sonntag, den 8.!)

Vorsitzender: Das war von Sonntag auf den Montag, 8. auf 9. November.

Jungclaus: Wie gesagt, ich müßte es noch nachgucken. - Die auf Amrum angelandeten Ölmengen waren so dramatisch, daß sofort Hilfskräfte der Amrumer Feuerwehren alarmiert wurden. Auf Amtsebene wurde ein Stab gebildet, und sofort wurde mit dem Abräumen, mit dem Abbergen des Öls begonnen.

Vorsitzender: Was ist Ihnen in Ihrer Funktion als Amtsvorsteher dann mitgeteilt worden, und wie haben Sie in Sachen Ölbergung reagiert?

Jungclaus: Uns oder mir ist mitgeteilt worden, daß es sich nicht um einen Katastrophenfall handeln würde. Wir haben in unserer Lagebesprechung dann für uns entschieden, sofort mit allen Kräften, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften der Feuerwehren, aber auch mit freiwilligen Helfern das Öl zu beseitigen, aufzunehmen, haben dabei allerdings auch festgestellt, daß mit Sicherheit durch weitere Tiden auch mehr Öl eventuell ausgetreten könnte, dazu dann eigene Kräfte nicht mehr ausreichen beziehungsweise nicht mehr in der Lage sind, nun über Tage unter Umständen ständig im Einsatz zu sein. Ich habe dann signalisiert, daß wir nach Abschluß der ersten Maßnahmen Hilfe von außen brauchen. Diese Hilfe ist auch durch das THW, durch das Entsenden von THW-Kräften, zugesagt worden.

Vorsitzender: Gut. - Wir treten dann in die Befragung ein. Herr Maurus!

Stellv. Vorsitzender: Herr Amtsvorsteher Jungclaus, wann haben Sie denn das erste Mal von der „Pallas“-Havarie erfahren?

Jungclaus: Aus einer Nachrichtensendung, unmittelbar nachdem also dann wohl auch Medienvertreter von diesem Geschehnis erfuhren und auch darüber dann - - also über die normalen Medien berichteten.

Stellv. Vorsitzender: Wie ging es dann weiter? Haben Sie sich dann informiert, ob da etwas auf Sie zukommen könnte, oder sind Sie informiert worden?

Jungclaus: Nein, wir sind nicht informiert worden, oder ich bin nicht informiert worden. Ich habe meine Informationen zu dem Zeitpunkt nur aus den Medien gehabt.

Stellv. Vorsitzender: Und dann im weiteren Verlauf, als die Strandung unmittelbar bevorstand, wer ist dann tätig geworden? Haben Sie sich dann weiter informiert, wo Sie Unterstützung bekommen können, oder war das dann ein Zeitpunkt, wo staatliche Stellen, andere staatliche Stellen auf Sie zugegangen sind?

Jungclaus: Das hat sich überschritten. Es war auf der einen Seite natürlich das Interesse sehr groß von unserer Seite aus zu erfahren, was da nun genau passiert ist und wie es da weitergeht. Auf der anderen Seite sind wir aber auch informiert worden. Das ging vom Umweltministerium sicherlich - - wie auch aus Cuxhaven, wo es am Anfang einen sehr intensiven Kontakt gab.

Stellv. Vorsitzender: Ich muß noch mal konkretisieren. Haben Sie erst angerufen, oder kam erst eine Meldung?

Jungclaus: Es ist sicher so gewesen, daß wir, ja, in Form einer Meldung mitgeteilt haben, daß vor Amrum die „Pallas“ gestrandet ist und was da nun weiter passieren soll und daß wir die Befürchtung haben, daß von diesem Schiff eine große Gefahr ausgeht.

Stellv. Vorsitzender: Mit wem haben Sie da telefoniert?

Jungclaus: Das ist über den - - also von der Verwaltung, von der Amtsverwaltung durch den leitenden Verwaltungsbeamten über den Kreis Nordfriesland gegangen.

Stellv. Vorsitzender: Also, Sie haben sich beim Kreis Nordfriesland informiert?

Jungclaus: Richtig.

Stellv. Vorsitzender: Von wem haben Sie Lagedarstellungen und -informationen bekommen?

Jungclaus: Das haben wir dann bereits aus Cuxhaven auch bekommen. Wir kriegten eine Telefonnummer genannt und haben dann uns Informationen einholen können in Cuxhaven.

Stellv. Vorsitzender: Welche Informationen haben Sie da aus Cuxhaven erhalten?

Jungclaus: Daß es Bemühungen gibt, mit dem Reeder oder mit den Verantwortlichen zu erreichen, daß dieses Schiff möglichst schnell von dem Standort weggeschleppt werden soll.

Stellv. Vorsitzender: Es war also in dem Zeitraum dann vom 30.10. bis zum 07.11.?

Jungclaus: Bis zum Austreten des Öls, ja.

Stellv. Vorsitzender: Bis zum 07./08.11. Gab es in dieser Phase auch schon Lageberichte des Umweltministeriums oder des Staatlichen Umweltamtes, die Ihnen über den Kreis Nordfriesland zugegangen sind?

Jungclaus: Nein, soweit ich weiß, zu dem Zeitpunkt noch nicht.

Stellv. Vorsitzender: Wann bekamen Sie die Lageberichte?

Jungclaus: Nach der Ölanlandung. Wir haben vorher, wie gesagt, Kontakt gehabt mit Cuxhaven und konnten dort auch jederzeit - so ist uns das gesagt worden, und das kann ich auch nur bestätigen - Informationen einholen, bis dann, wie gesagt, durch den Ölaustritt die Ereignisse sich so dramatisierten, daß es dann hieß: Wir geben jetzt keine Informationen mehr raus. Ihr bekommt alles Weitere aus dem Umweltministerium.

Stellv. Vorsitzender: Am 08.11. ist dann Öl ausgetreten, auf Amrum angelandet. Welche Maßnahmen haben Sie dort dann getroffen?

Jungclaus: Wir haben einen - ich sage das in Anführungsstrichen - Katastrophenstab, der ganzjährig Bestand hat und immer dann auch zusammenkommt, wenn besondere Ereignisse dies erforderlich machen. Ich denke dort besonders an Sturmfluten und ähnliche Ereignisse. Es war also überhaupt kein Problem, über eine schnelle Telefonkette die entsprechenden Leute zusammenzuholen. Ich habe die Situation mir noch mal schildern lassen. Es sind die Informationen ausgetauscht worden. Wir haben dann vereinbart, wie wir mit diesem Öl umgehen wollen. Es fiel die Entscheidung, sofort loszulegen mit eigenen Kräften, das heißt, mit den Kräften der vier Freiwilligen Feuerwehren und in Verstärkung mit den Bediensteten der Kurverwaltung und der Gemeinden.

Stellv. Vorsitzender: Haben Sie diese Ölanlandungen weitergemeldet?

Jungclaus: Ja, mit Sicherheit.

Stellv. Vorsitzender: An wen?

Jungclaus: Auch zu dem Zeitpunkt ja noch über den Kreis Nordfriesland, weil nicht genau klar war, wie das nun laufen soll.

Stellv. Vorsitzender: Wann haben Sie Unterstützung bei der Bewältigung der Situation erhalten?

Jungclaus: In der - - gleich in der ersten Woche nach der Ölanlandung. Wir haben, wie gesagt, die ersten Aktionen alleine bewältigen können. Aber dann zeichnete sich ab, daß das so auf Dauer nicht machbar ist, weil die Kräfte natürlich auch, ja, ihrem Beruf nachgehen müssen. Deshalb habe ich gleich um Hilfe gebeten. Die ist auch zugesagt worden, und auch sofort, nachdem wir die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen haben auf der Insel - sprich: Unterbringung und Verpflegungen und so weiter -, sind dann 15 Kräfte des THW eingetroffen mit entsprechenden Gerätschaften.

Stellv. Vorsitzender: Ja, das wollte ich eben fragen. Wie sah es denn mit der materiellen

Unterstützung aus? Wie funktionierte die ganze Logistik? Wo sind Sie mit dem Öl geblieben?

Jungclaus: Wir haben, nachdem dann auch das ALR eingebunden war und wir von dort auch ein Raupenfahrzeug geordert hatten - - informiert worden, dieses Öl auf einer von uns auch zu bestimmenden Fläche möglichst sicher zwischenzulagern. So ist es dann auch geschehen.

Stellv. Vorsitzender: Also, in der ersten Phase haben Sie zwischengelagert. Wie ging das dann weiter? Sie haben am 08. und 09.11. ja Ölsammlungen gehabt. Die sind aufgenommen worden vom Strand. Am 09.11. - das war der Montag - war dort dieses Einsatzfahrzeug, das Sie eben angesprochen haben, bereits da?

Jungclaus: Ja. Es war also - - Es wurde sofort nach Anforderung in Marsch gesetzt und auch auf die Insel Amrum verbracht und ist dort auch sofort eingesetzt worden.

Stellv. Vorsitzender: Dann muß ja am 09.11. auch schon Kontakt zum Amt für Ländliche Räume dagewesen sein.

Jungclaus: Richtig, ja.

Stellv. Vorsitzender: Wie ist dieser Kontakt aufgebaut worden, durch die Mitarbeiter, die Sie auf den Inseln vor Ort haben, oder - -

Jungclaus: Ja.

Stellv. Vorsitzender: Also über das örtliche ALR?

Jungclaus: Ja.

Stellv. Vorsitzender: Wie wurde diese ganze Geschichte dann weiter gemanagt?

Jungclaus: Unser Verbindungsmann zum ALR ist ein Mitarbeiter dieses Amtes, der den ersten Kontakt hergestellt hat, der auch wußte, daß dieses Fahrzeug dort bereitsteht, daß dieses Fahrzeug aber bemannt werden muß. Er hat dann - das ist Herr Willuhn ge-

wesen - diese Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, weiter veranlaßt und mich dann gebeten, formell als das Amt Amrum, als die Amtsverwaltung Amrum dieses Fahrzeug anzufordern. Das ist sofort geschehen, und dieses Fahrzeug ist dann noch am selben Tag in Marsch gesetzt worden.

Stellv. Vorsitzender: Wie lief das Handling denn weiter? Mußten Sie, wenn Sie Material brauchten, Anforderungen stellen? Haben Sie Beratung zur Seite bekommen?

Jungclaus: Es wurde, nachdem das Umweltministerium sich auch für die Lageberichte und so weiter zuständig erklärt hat und wir auch von dort die Informationen bekamen, erklärt, daß uns ein Mitarbeiter dieses Ministeriums zur Seite stehen soll, um, ja, beratend einzuwirken - ich sage das mal so -, beratend zur Seite zu stehen, auch vornehmlich, um eigene Kräfte zu entlasten. Zu dem Zeitpunkt hatten wir ja noch zweimal am Tag eine Lagebesprechung, einmal morgens um zehn und dann nachmittags um 15:00 beziehungsweise 16:00 Uhr. Der entsandte Mitarbeiter hat dann an diesen Besprechungen teilgenommen, hat teilweise auch die Protokolle dazu gefertigt, die dann per Fax nach Kiel ins Ministerium geschickt wurden.

Stellv. Vorsitzender: Das waren Lagebesprechungen, die Sie selber gemacht haben, oder waren das Lagebesprechungen, zu denen auch Sie aufgefordert wurden oder Informationen von Dritten hinzugezogen werden konnten?

Jungclaus: Nein. Wir haben mit dem Mitarbeiter des Ministeriums nach seinem Eintreffen auf Amrum uns verständigt, wie wir zukünftig arbeiten wollen, und haben dann sehr genau die Insel Amrum in Sektoren eingeteilt, haben also aufgelistet, welche Kräfte uns zur Verfügung stehen, eigene wie auch Kräfte des THW, welche Fahrzeuge zur Verfügung stehen, welches Material zur Verfügung steht, und haben uns dann darauf verständigt, an zwei Lagebesprechungen jeweils eine Art Bestandsaufnahme uns melden zu lassen von bereits ausgewählten Mit-

arbeitern, die dann die einzelnen Sektoren abgesucht haben. Diese Informationen sind dann so, wie vorgesehen, auch zeitlich zusammengefloßen und wurden aufgenommen in diesen Lagebericht. Dieser Lagebericht wurde dann schriftlich von diesem Mitarbeiter gefertigt und dann per Fax nach Kiel gegeben.

Stellv. Vorsitzender: Sind Sie über die Gesamtlage mal informiert worden?

Jungclaus: Wir bekamen parallel dazu die Lageberichte aus Kiel. Da war ja immer diese zeitliche Versetzung. Wir hatten dann zur morgendlichen Lagebesprechung einen Bericht vorliegen, der vom späten Nachmittag datiert war.

Stellv. Vorsitzender: Können Sie sich noch erinnern, von welchem Zeitpunkt an Sie diese Lageberichte bekamen?

Jungclaus: Ja, in der - - Ich weiß es jetzt nicht auf den Tag genau. Wie gesagt, das ist auch ja nachprüfbar. Die Dinger sind gesammelt und - schön, wie man es dann macht - auch abgeheftet. In der Woche nach der Ölanlandung auch, also praktisch nachdem - - Herr Olfert ist der erste Mitarbeiter gewesen, der uns zur Seite stehen sollte. Praktisch nach seinem Eintreten - - Antritt kamen dann auch die ersten Lageberichte aus Kiel.

Stellv. Vorsitzender: Da meine Kollegin eben den Namen des Mitarbeiters nicht verstanden hat, darf ich Sie noch mal nach dem Namen fragen.

Jungclaus: Olfert. Der zweite, der dann nach einer Woche den ersten ablöste, das war Herr Eckloff.

Stellv. Vorsitzender: Ich komme noch mal zurück auf die Frage der Logistik. Haben Sie erst mal Material von vor Ort, von Privatfirmen hinzugezogen, oder sind Sie von anderen Stellen hier unterstützt worden?

Jungclaus: Nein. Wir haben erst mal auf eigenes Personal und natürlich auch auf ei-

genes Material - sprich: Arbeitsgerät - zurückgegriffen, wobei vorrangig die Feuerwehren dann auf ihre Ausrüstung zurückgegriffen haben.

Stellv. Vorsitzender: Wann sind nun Gerät und Material Ihnen zugeführt worden?

Jungclaus: Die THW-Kräfte haben sich ausstatten lassen am Festland; die sind also ausgestattet auf die Insel gekommen. Die Feuerwehren wie auch die Kurverwaltungsmitarbeiter haben ihre Gerätschaften, ihre Schaufeln und was sie auch brauchten, weiterverwendet, bis hin zur Unbrauchbarkeit. Die sind dann nachher aufgelistet worden als, ja, Forderung zum Schadenersatz.

Stellv. Vorsitzender: Gut. Also, meine Frage geht darauf, ob eben vom ALR oder von anderen - weil ja auch Schiffe dort im Einsatz waren, die Gerät zugeführt haben - - auch Sie mit unterstützt haben.

Jungclaus: Nein.

(Abg. Benker: Auf Schiffen sind keine Schaufeln!)

Stellv. Vorsitzender: Herr Kollege Benker, das ALR hat für solche Fälle normalerweise Gerätschaften da. Von daher hätte es sein können, daß diese Gerätschaften hier auch zum Einsatz gekommen sind, ebenso Schutzbekleidung et cetera.

Sie haben auch das Geschehen vor Ort sehr genau mitverfolgt und haben dann am - ich meine - 16.11. ja auch Besuch durch den Umweltminister gehabt. Es ist aus Ihrem Amtsbereich - wenn ich das den Vermerken hier richtig entnehme - auch mehrfach die Aufforderung gekommen, doch Ölauffangvorrichtungen auszubringen. Können Sie uns zu diesem Sachverhalt noch ein bißchen was schildern?

Jungclaus: Ja. Ich habe eben von den Berichten erzählt, die als Ergebnis der Lagebesprechungen gefertigt wurden. Im Rahmen dieser Lagebesprechungen wurde sehr früh, also wenige Tage nach den Ölanlandungen

auf Amrum, die Frage gestellt: Warum versucht man nicht alles, um weitere Ölaustritte zu verhindern? Warum gibt es nicht technische Möglichkeiten, die es möglich machen, beispielsweise durch ein Ölauffangschiff, direkt an der Stelle, wo das Öl austritt, tätig zu werden? Warum wartet man, bis das Öl austritt, hier an die Küste kommt und uns dann wiederum einen Schaden zufügt, der gar nicht bemessen werden kann?

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß ich die Medienvertreter, die ja dann zu dem Zeitpunkt schon reichlich auf der Insel Amrum zumindest waren, auch genutzt habe, um mir selbst fast täglich einen Überblick zu verschaffen. Ich hatte also Gelegenheit - gerade in der ersten Zeit -, fast täglich mit einem Hubschrauber rauszufliegen und habe diese Erkenntnisse, die ich dort gewonnen habe, natürlich auch in den Lagebesprechungen wiedergegeben. So habe ich auf der einen Lagebesprechung dann gefragt, ob es nicht Sinn macht, wenn wir formell in unserem Lagebericht fordern, daß um die „Pallas“ herum eine Ölsperre gelegt wird. Das war eine Erkenntnis, die auch damit zusammenhängt, daß nur wenige Meilen von der „Pallas“ entfernt die „Westensee“ vor Anker lag. Die „Westensee“ war zu dem Zeitpunkt ausgestattet mit - so ist mir das berichtet worden - großen Hochseeölsperren.

Wir haben das dann also aufgenommen in den Bericht und bekamen dann am nächsten Tag oder übernächsten Tag den Hinweis, eine Ölsperre wäre nicht auszubringen, weil die Witterungsverhältnisse es nicht zulassen würden, die Windverhältnisse es nicht zulassen würden. Wir haben dann noch mal nachgehakt in einem weiteren Bericht und gefordert, doch trotzdem diese Ölsperren auszubringen, auch wenn die Verhältnisse es fast unmöglich machen. Wenn denn ein bißchen Öl abgefangen werden kann, ist es Öl, was wir nachher nicht an den Stränden aufsammeln müssen, sondern was dann direkt praktisch am Schiff aufgenommen werden kann.

Daraufhin bekamen wir eine weitere Absage mit dem Hinweis, die Strömungsverhältnisse würden das Ausbringen einer Ölsperre unmöglich machen. Eine Situation, die bei uns in der Lagebesprechung für, ja, für Empörung gesorgt hat. Ich habe dann an dem Tag des Besuches des Umweltministers und der Staatssekretärin Frau Altmann im Rahmen dieser Lagebesprechung den Umweltminister aufgefordert zu veranlassen, daß um die „Pallas“ eine Ölsperre gelegt wird. Er teilte unsere Auffassung und hat daraufhin Herrn Kesting angerufen, den zuständigen Abteilungsleiter, und ihm berichtet, er möge doch bitte veranlassen, daß diese Ölsperre gelegt wird. Herr Kesting hat daraufhin - das Gespräch fand in unmittelbarer Nähe von mir statt - dem Minister erklärt, er müßte diese Anweisung schriftlich haben. Daraufhin hat Herr Steenblock vom leitenden Verwaltungsbeamten ein Blatt Papier bekommen, hat dort - - Ich habe es nicht mehr gelesen. Aber er hat dann eine Anweisung oder was auch immer geschrieben, die dann direkt aus der Amtsverwaltung ins Ministerium gefaxt wurde. Das war die Lagebesprechung am Vormittag.

Am selben Tag nachmittags - der Minister blieb auf der Insel - habe ich in der nachmittäglichen Lagebesprechung gefragt, was er denn erreicht hätte, was denn nun passiert ist. Wird die Ölsperre nun ausgebracht oder nicht? Er hat dann nochmals angerufen und den Hinweis bekommen: Jawohl, wenn der Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein so eine Ölsperre wünscht, dann würde sie ausgebracht werden. Aber man kann nicht erkennen, daß es Sinn macht, und wenn es ausgebracht wird, dann zu Lasten des Landes Schleswig-Holstein. - Aber an dem Tag war es leider nicht möglich. Man wollte das am nächsten Tag versuchen. Diese Ölsperre ist dann am nächsten Tag - ich weiß die genaue Uhrzeit nicht mehr - ausgebracht worden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, daß die Forderung nach dem Ausbringen der Ölsperre noch verbun-

den war mit einer weiteren Anregung. Wir - das betone ich jetzt - haben uns da vielleicht laienhaft etwas vorgestellt, indem man um das Schiff „Pallas“ herum auch weiträumiger eine Hochseeölsperre ausbringt und diese Ölsperre so festigt, daß sie auch schlechterem Wetter standhält. Dazu wurde von uns aus der Vorschlag gemacht - ich habe es hier in dem Protokoll auch noch mal festhalten lassen -, die Kräfte, die Materialien des auf Amrum beheimateten Wasser- und Schiffsamtes mit dem Tonnenleger „Repsold“, mit dem vorhandenen Kapitän, mit den Tonnensteinen, mit allem, was es an Material gibt, das mit einzubeziehen, um möglichst schnell, aber vor allen Dingen sicher diese Ölsperre auszubringen, damit dann Ölfangschiffe sich in diesem Kreis bewegen können, um das Öl, Öl/Wassergemisch abzupumpen.

Darauf ist überhaupt nicht eingegangen worden. Wir haben dann nach wenigen Tagen bereits - Sie werden es selbst in den Fernsehbildern gesehen haben - die um den Schiffsrumpf „Pallas“ eng liegende kleine Ölsperre gesehen, die dann nach wenigen Tagen bereits vom Sturm zerschlagen war und insofern auch nicht mehr effektiv war.

Stellv. Vorsitzender: Das heißt, Ihrer Auffassung nach war die Ölsperre, die gelegt worden ist, von der es in der dpa-Meldung heißt, daß Kosten auf die Verursacher zukommen werden in Höhe von 1,5 Millionen, daß die nur wenige Tage hielt?

Jungclaus: Richtig, ja.

Stellv. Vorsitzender: Ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender: Herr Benker!

Abg. Benker: Ich habe noch mal zu den Einsatzkräften - - Sie haben nach einer Woche zusätzliche Kräfte vom THW bekommen?

Jungclaus: Ja, vor Ablauf der ersten Woche.

Abg. Benker: Vor Ablauf der ersten Woche. Also nicht eine Woche?

Jungclaus: Nein, nein. Das war früher.

Abg. Benker: Das war vorher?

Jungclaus: Ja.

Abg. Benker: Wurden die von Ihnen angefordert, oder war das die normale Abnutzung der freiwilligen Kräfte, die Sie vor Ort hatten?

Jungclaus: Nein. Es war eine Anforderung von uns aus, die auch gar nicht, ja, groß angekündigt werden mußte; denn ich hatte unmittelbar nach den ersten Einsätzen erklärt: Wir müssen davon ausgehen, daß weiteres Öl austritt. Wir müssen davon ausgehen, daß wir nach jeder Tide die Strände absuchen und auch absammeln müssen. Das ist diesen freiwilligen Helfern nicht zuzumuten. Also, im ersten Zugriff ja. Aber danach brauchen wir Festlandshelfer, wobei ich überhaupt nicht weiter nachgefragt habe, ob die von der Bundeswehr oder vom THW kommen. Es wurde dann auch spontan uns die Hilfe vom THW zugesagt, und die wurden auch sofort in Marsch gesetzt.

Abg. Benker: Weitere Kräfte haben Sie nicht angefordert?

Jungclaus: Nein, bis auf die, die ich erwähnt habe, also Kräfte der Kurverwaltung und so weiter; sonst keine.

Abg. Benker: Das bedeutet, daß Sie mit den Kräften ausgekommen sind und auch keine weiteren gebraucht hätten? Denn sonst hätten Sie ja angefordert, wenn ich das so sehe.

Jungclaus: Zu dem Zeitpunkt, ja. Aber ich muß wiederholen: Jede Tide, nach jedem Hochwasser - - Das verschiebt sich, wie Sie wissen, und manche Stellen der Insel sind ja auch nicht so ohne weiteres erreichbar. Das heißt, der Kniepsand war teilweise unter Wasser. Es war also etwas schwierig, jeden Tag eine neue Lagefeststellung zu machen. Wir mußten aber davon ausgehen, daß mit

irgendeiner Tide auch wieder Öl, mehr Öl anlandet und der Arbeitseinsatz nicht nur intensiviert werden muß, sondern vielleicht sogar den ersten Einsatz übersteigt. Das ist ja alles mit Fragezeichen zu versehen gewesen. Das war uns schon klar. Aber zu dem Zeitpunkt, als wir die Kräfte vom THW bekamen und eigene Kräfte im Einsatz hatten, waren diese ausreichend.

Abg. Benker: Das bedeutet allerdings, daß das auch nie eingetreten ist; denn das war ja nur ein Sicherheitsdenken, das Sie eben geschildert haben, daß Sie, wenn das so eingetreten wäre, zusätzliche Kräfte gebraucht hätten.

Jungclaus: Richtig. Uns ist - das will ich gern ergänzend noch sagen - auch zugesagt worden, daß wir diese Kräfte bekommen hätten.

Abg. Benker: Gut.

Vorsitzender: Herr Schlie!

(Abg. Schlie: Ich nicht!)

Frau Todsens-Reese!

Abg. Todsens-Reese: Herr Jungclaus, war Ihnen eigentlich während der ganzen Verfahrensabläufe klar, welche Dienststelle vor Ort die Federführung hatte, von Landesseite her?

Jungclaus: Ja. Die Tatsache, daß das Umweltministerium - ich sage es jetzt mal auch in Anführungsstrichen - sich eingemischt hat, uns einen Berater zur Verfügung gestellt hat, uns Lageberichte zugesandt hat, war für mich ganz deutlich, daraus auch die Zuständigkeit abzuleiten.

Abg. Todsens-Reese: Wie haben Sie die Zuständigkeit des Staatlichen Umweltamtes gesehen, des Staatlichen Umweltamtes Schleswig?

Jungclaus: Wo jetzt, in welcher Schnittstelle genau eingebunden, kann ich nicht sagen. Daß sie eingebunden waren, das zeigten

Anfragen jetzt auch von Mitarbeitern dieses Amtes.

Abg. Todsens-Reese: Frage ich ergänzend: Hatten Sie den Eindruck, daß der Mitarbeiter Herr Oelerich federführend war für die Ölbekämpfung vor Ort?

Jungclaus: Den Eindruck hatte ich wohl, ja.

Abg. Todsens-Reese: Können Sie sich erinnern an ein Fax des Landesamtes für den Nationalpark an die Ämter, unter anderem auch an das Amt Amrum, zu Ihren Händen, wo das Landesamt für den Nationalpark Ihnen offizielle Mithilfe des Nationalparkservice bei der Beseitigung von Öl sowie dem Umgang mit Ölopfern noch mal anbietet?

Jungclaus: Ja, kann ich mich erinnern.

Abg. Todsens-Reese: Was haben Sie aufgrund dieses Faxes dann veranlaßt?

Jungclaus: Ich habe gar nichts veranlaßt, weil wir den Nationalparkservice ja nicht auf Amrum haben und eine - so, wie dort - angebotene Hilfe zu dem Zeitpunkt auch nicht benötigt haben. Es waren - -

Abg. Todsens-Reese: Ist - -

Jungclaus: Ja, bitte!

Abg. Todsens-Reese: Ist Ihnen bekannt, ob das Nationalparkamt dieses Schreiben mit dem Staatlichen Umweltamt abgestimmt hat?

Jungclaus: Das ist mir nicht bekannt, nein.

Abg. Todsens-Reese: Danke.

Vorsitzender: Herr Hentschel!

Abg. Hentschel: Nur eine Frage: Halten Sie es für sinnvoll, daß die Ölbekämpfung vor Ort durch die Amtsvorsteher koordiniert wird?

Jungclaus: Ob ich es für möglich halte?

Abg. Hentschel: Ob Sie das für sinnvoll halten.

Jungclaus: Für sinnvoll. - Das hängt sicherlich von der Person des Amtsvorstehers ab und von seinen Fähigkeiten. Sicherlich hätten wir uns gewünscht, daß - das will ich jetzt gar nicht an dem Amtsvorsteher aufhängen - insulare Kräfte mit eingebunden worden wären. Ich denke dort besonders - - Man sagt zwar immer aus Jux: Die besten Kapitäne stehen an Land. - Auf Amrum ist es so, im übrigen auf Föhr ja auch. Dort befindet sich hervorragendes nautisches maschinentechnisches Personal, was auf dem Wasser vor der Küste, ja, das Geld verdient.

Die angebotene Hilfe, auch jetzt an mich herangetragen, von Kapitänen der Wyker Dampfschiffreederei, wenn Hilfe benötigt wird, dann doch Bescheid zu sagen, diese Hilfe ist nicht angefordert worden. Insofern wäre eine Mischung vielleicht aus verantwortlicher Leitung, Amtsvorsteher und entsprechenden Mitarbeitern, die sich dort hätten einbringen können, sicherlich sinnvoll gewesen.

Abg. Hentschel: Aber Sie waren ja zuständig für die Ölbeseitigung an - - was an der Küste angetrieben worden ist.

Jungclaus: Ja.

Abg. Hentschel: Das war meine Frage.

Jungclaus: Wenn man so will: Verantwortlich dafür, daß die - - das Zusammentragen des Öles, des Öl/Sand-Gemisches, der Weitertransport, daß das alles reibungslos klappt.

Abg. Hentschel: Meine Frage war im Grunde nur, bis auf die Organisationsstrukturen: Ist es sinnvoll, daß das vor Ort von den Amtsvorstehern organisiert wird, was anlandet, daß das da auch - - die Arbeiten, die direkt auf der Insel stattfinden.

Jungclaus: In jedem Fall; denn wir haben ein Erlebnis gehabt: Es wurde überlegt, oder man hatte sogar die ernsthafte Absicht, dieses Öl von einem Schiff aus Lübeck abholen

zu lassen. Dort brachte sich dann der Bürgermeister der Gemeinde Norddorf ein, Herr Peters, der selbst beschäftigt ist in einem entsprechenden Bauunternehmen und ständig Kontakt hat mit Schiffen oder Schiffsführern, die diese Firma auch mit Baumaterialien beliefern und die zum Beispiel auf Föhr beheimatet sind, und hat dann diese Anregung ebenfalls in der Lagebesprechung bekanntgemacht. Diese Anregung hat man dann aufgegriffen und gesagt: Das ist ja viel billiger, wenn wir dieses Schiff vor Ort nehmen. Das ist erstens schneller und kostet nicht mal die Hälfte. - So dann auch geschehen.

Abg. Hentschel: Also, Sie halten diese Organisationsstrukturen vor Ort so für sinnvoll, wie sie sind?

Jungclaus: In jedem Fall, ja.

Abg. Hentschel: Danke.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

(Abg. Kubicki: Danke!)

Frau Spoorendonk!

Abg. Spoorendonk: Ich habe nur eine Nachfrage. Sie sagten vorhin, das Umweltministerium habe sich als zuständig für die Lageberichterstattung erklärt. Was heißt das konkret? Haben Sie einen Anruf bekommen: „Jetzt sind wir zuständig.“? Wann haben Sie diesen Anruf eventuell bekommen, und mit wem haben Sie sich darüber unterhalten?

Jungclaus: Es ist so, daß nach einem ganz bestimmten Verteiler Ämter, Naturschutzverbände diese Lageberichte bekamen, so auch das Amt Amrum. Das ist nicht auf besondere Anfrage geschehen, sondern wurde irgendwo veranlaßt und dann auf die Reise gebracht.

Abg. Spoorendonk: Das hörte sich nur an, als wenn man so zu einem bestimmten Zeitpunkt sich als für zuständig erklärt habe.

Jungclaus: Das mag vielleicht auch so sein. Nur, das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Ich habe vorhin erzählt, daß wir in den ersten Tagen, als also die Sache ganz neu war, an Cuxhaven verwiesen wurden, um dort Informationen abzufragen. Das haben wir getan, bis dann Cuxhaven sagte - jetzt kann ich den Zeitpunkt nicht genau bestimmen -: Ab jetzt bekommen Sie Ihre Informationen aus dem Umweltministerium. - Dieser Hinweis wurde dann auch dokumentiert durch schriftlich gefertigte Lageberichte.

Abg. Spoorendonk: Das heißt, es kam von Cuxhaven, dieser Bescheid?

Jungclaus: Ja.

Abg. Spoorendonk: Dann noch mal eine Nachfrage. Sie sind ja zuständig gewesen für die Reinigung der Strände. Wurde dann auch von Anfang an gesagt, was mit diesem Öl/Sand-Gemisch zu passieren oder zu geschehen hat?

Jungclaus: Nein, zu Beginn nicht.

Abg. Spoorendonk: Was - -

Jungclaus: Zu Beginn nicht.

Abg. Spoorendonk: Wie haben Sie das denn - -

Jungclaus: Es war ja eine Situation, wo noch keiner überhaupt sagen konnte: Wie groß wird die Menge sein? Wie groß ist der Ölanteil? Ist das Gasöl, also dünnflüssiges Öl mit viel Sandgemisch? Ist es Schweröl mit Sandgemisch? Wie ist so was lagerfähig? Das war ja alles offen. Wir haben nur in diesen Kuppen vom ALR dann das Zeug erst einmal zusammengetragen. Alles andere sollte dann bestimmt werden, nachdem zum Beispiel die Menge dann auch festgestellt worden ist.

Abg. Spoorendonk: Das heißt, Sie haben das nicht als besonders dramatisch empfunden, daß das nicht gleich gesagt wurde, was damit passieren sollte?

Jungclaus: Nein. Das hätte auch gar keinen Sinn gemacht. Die Insellage verbietet jetzt in dem Moment wirklich schnelles Handeln, indem nun einzelne Kuppen ans Festland geschafft werden. Also das - - Wir wollten die Gefahr ja beseitigt haben, und das möglichst geschlossen. Ich habe vorhin gesagt: Zu dem Zeitpunkt war uns überhaupt nicht klar, was uns die nächsten Tiden bringen würden.

Abg. Spoorendonk: Danke.

Stellv. Vorsitzender: Herr Jungclaus, Sie haben hier die einmalige Möglichkeit, noch mal ein Wort zu dem Zustand Ihrer Strände heute zu sagen. Wie sieht es denn aus vor Ort?

Jungclaus: Als eventueller oder potentieller Urlauber würde ich Ihnen jetzt eine Antwort geben, die mehr in den Bereich Werbung paßt.

Vorsitzender: Machen Sie es doch.

Jungclaus: Die Insel Amrum ist sauber. Ich habe es bereits vor Weihnachten gesagt. Wir haben wirklich alles darangesetzt, um auch bereits den Weihnachtsgästen eine saubere, schöne Urlaubsinsel vorzuzeigen. Wir haben sicherlich Probleme gehabt, diese Ölreste auf der Wattseite zu entfernen. Sie wissen, daß die Wattseite, die Ostseite sehr zerklüftet ist, Salzwiesen beinhaltet, feine Gräben und so weiter. Dort ist natürlich auch Öl reingetrieben, hat sich mit dem Gras und ähnlichen organischen Stoffen verbunden. Das abzusammeln, ist natürlich etwas schwieriger und auch aufwendiger, als es beispielsweise am Sandstrand zu machen. Aber auch das ist uns gelungen. Wie gesagt, wir sind froh, eine saubere Insel vorzeigen zu können.

Wir werden auf die Geschehnisse um die „Pallas“ unsere Gäste, die jetzt kommen, auch hinweisen. Wir werden Ihnen Aufklärung geben; denn wir wollen deutlich machen, daß wir als letzte in einer langen Kette eine Suppe auslöffeln mußten, die uns andere eingebrockt haben. Wir verbinden damit

die Forderung, daß sich so etwas nicht wiederholt, daß es eine so verbesserte Sicherheitskonzeption hier in der Nordsee gibt und darüber hinaus auch in den Bereichen der Anrainerstaaten, daß Schleppkapazitäten vorhanden sind, die so eine Gefahr von unserer Küste, von unserer Insel fernhalten können - - und daß es letztlich auch darum geht, unseren Gästen klarzumachen, daß der Staat mit seinen Befugnissen umgehen muß, wenn er sie hat, so rechtzeitig umgehen muß, daß auch dann, wenn ein Unglück passiert ist, der Schaden gering, so gering wie möglich gehalten wird. Wenn er diese Befugnisse nicht hat, der Staat, dann müssen diese Befugnisse geschaffen werden. Das werden wir unseren Gästen mitteilen.

Wir werden den Tag der Strandung, den 29. Oktober, zum Anlaß nehmen, zusammenzukommen - ich werde noch in der nächsten Woche die Einladung dazu fertigen; ich hoffe, daß alle, die diese Einladung bekommen, auch gerne nach Amrum zu kommen -, um dann einmal zu berichten, wieweit unsere Bemühungen - ich unterstelle einfach auch, daß es Ihre Bemühungen sind - ge-
fruchtet haben.

Vorsitzender: Danke schön, Herr Amtsvorsteher Jungclaus. Ich habe keine weiteren Fragen mehr vorliegen. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Vernehmung der Auskunftsperson Nickels Olufs

Vorsitzender: Ich bitte dann die heute am Vormittag letzte aufzurufende Auskunftsperson, Herrn Amtsvorsteher Olufs.

Herr Amtsvorsteher Olufs, Sie sind heute vor dem „Pallas“-Untersuchungsausschuß als Auskunftsperson erschienen. Das Beweisthema, zu dem Sie sich äußern sollen, ist Ihnen in der Ladung mitgeteilt worden. Bevor Sie sich zu dem Beweisthema äußern, muß ich Sie noch auf folgendes hinweisen:

Sie haben vor diesem Untersuchungsausschuß genauso wie vor einem Gericht wahrheitsgemäß auszusagen. Das bedeutet, daß Sie dem Ausschuß alles, was Sie zu diesem Thema wissen, mitzuteilen haben. Sie dürfen nichts hinzufügen, Sie dürfen aber auch nichts weglassen. Das gilt sowohl für Ihre Angaben zur Person als auch Ihre Aussagen zur Sache. Sie können die Aussage verweigern, wenn Sie sich selbst oder einen Ihrer Angehörigen durch die Beantwortung der Gefahr aussetzen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden oder wenn die Beantwortung einem Ihrer Angehörigen schwerwiegende Nachteile bringen würde.

Sie müssen damit rechnen, daß Sie Ihre Aussage vor dem Ausschuß beideln müssen. In diesem Zusammenhang weise ich Sie vorsorglich besonders auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage oder eines Meineides hin. Diese Belehrung, Herr Amtsvorsteher, erfolgt nicht aus Mißtrauen Ihnen gegenüber, sondern weil ich dazu gesetzlich verpflichtet bin.

Bevor ich Sie zur Sache vernehme, muß ich Sie vorher zur Person vernehmen. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen, Ihr Alter, Ihren Wohnort und Ihren Beruf mitzuteilen. Bitte schön!

Olufs: Mein Name ist Nickels Olufs, wobei Nickels der Vorname ist; meistens kennt man den als Nachnamen. Ich bin 06.07.38

geboren. Beruf ist etwas schwierig; sagen wir: Unternehmer. Ich bin etwas vielseitig in der Sache und hier heute geladen als Amtsvorsteher, wohnhaft in Witsum auf der Insel Föhr.

Vorsitzender: Danke schön. - Ich bitte Sie dann, Herr Amtsvorsteher, daß Sie uns zunächst Ihre Beteiligung, Ihre Wahrnehmung im Zusammenhang mit den Folgen der Havarie des Frachters „Pallas“ schildern.

Olufs: Ich war - wenn man so will - Hauptbetroffener dieses Unglücks, der diese Katastrophen mit ansah, wie wir es genannt haben, weil mein Zuständigkeitsbereich 15 km Südstrand auf der Insel Föhr waren. Durch Abmachungen mit der Stadt Wyk war ich auch für diesen Bereich zuständig als Ordnungsbehörde.

Vorsitzender: Können Sie uns jetzt schildern, was Sie als Amtsvorsteher unternommen haben, beispielsweise im Zusammenhang mit der Bergung des Öls, was an Ihrem Südstrand angelandet ist?

Olufs: Ja. Am Sonntag, den 9. November, um 10:30 Uhr erreichte mich ein Anruf vom Staatlichen Umweltamt, daß möglicherweise Öl am Strand angeschwemmt worden war. Daraufhin habe ich angeordnet, daß verschiedene Läufer den Strand beobachtet haben, die dann zurückkamen und gesagt haben: Jawohl, wir haben Öl am Strand.

Daraufhin habe ich mit dem Staatlichen Umweltamt Kontakt aufgenommen, habe mit einem Sachbearbeiter gesprochen, mußte aber feststellen, daß man dort offensichtlich sehr schlecht darauf vorbereitet war; denn die Verantwortung blieb bei uns hängen. Das heißt - -

Vorsitzender: Entschuldigung, Herr Olufs. Wann war das? Wann haben Sie Kontakt aufgenommen?

Olufs: 10:30 Uhr kam die Alarmierung. Etwa um 11:00 Uhr.

Vorsitzender: Ich meine den Wochentag und den Monat.

Olufs: Ach so. - Das war der 8. November.

Vorsitzender: Der Sonnabend.

Olufs: Nein, der Sonntag.

Vorsitzender: Sonntag; Entschuldigung.

Olufs: Der Sonntag. - Die erste Frage war natürlich: „Wohin sollen wir mit dem Öl?“, eine Frage, die mir nicht beantwortet werden konnte, sondern man gesagt hat: Müßt ihr mal sehen.

Daraufhin habe ich nachgefragt: Was ist, wenn wir jetzt Container bestellen? Wer bezahlt die letztlich? - Das habe ich zu dem Zeitpunkt nicht klären können. Das konnte erst geklärt werden am - - Am 10. um 16:10 Uhr wurde mir mitgeteilt durch ALR - - EU-Mittel abgedeckt.

Daraufhin habe ich in Absprache mit Bürgermeister Roth, Stadt Wyk, die Initiative ergriffen und einfach - ich sage das mal so - Container bestellt und die an den Strand gestellt; denn die Menge war so gering nicht. Wenn Sie es im Hintergrund oder davor sehen, daß wir letztlich fast 500 m³ hatten im Vergleich zur Insel Amrum, die 80 m³ im Abschluß hatte, war das eine nicht unbedeutende Menge.

Vorsitzender: Herr Maurus!

Stellv. Vorsitzender: Sie sagten vorhin, Sie sind am 09.11. um 10:30 Uhr durch das Staatliche Umweltamt informiert worden.

(Abg. Kubicki: 08.11.!))

- Am 08.11.

Olufs: 08.

Stellv. Vorsitzender: Wie waren denn die Informationswege ansonsten? Waren Sie ständig in die Informationen eingebunden? Wer hat Sie informiert?

Olufs: Vorher hatten wir kaum Informationen.

Stellv. Vorsitzender: Bis zum 09.11. kaum oder keine?

Olufs: Bestanden mit dem Staatlichen Umweltamt keine Kontakte.

Stellv. Vorsitzender: Gut. Also, vor dem 09.11. keine Informationen. Und ab dem 09.11.?

Olufs: Es hatte ein oder zwei Faxe vorher gegeben, die aber die Situation damals noch vor Dänemark wiedergaben.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank. - Und nach dem 09.11. haben Sie regelmäßig Lageberichte über den Kreis zugestellt bekommen?

Olufs: Über den Kreis, ja. Und hier - - vielleicht sollte ich das zur Erklärung weitergeben. Das Staatliche Umweltamt hat leider dann über die Leitzentrale Husum Katastrophenschutz alarm ausgelöst, was uns natürlich irritiert hat und wir das zuerst auf die Katastrophenschutzschiene geschoben haben. Weil ich Abschnittsführungsleiter des Katastrophenschutzes bin, habe ich dann über den Kreis versucht, die Dinge zu regeln und über den Landrat. So als Beispiel vielleicht oder als Erklärung: An dem Sonntag hatten wir etwa 200 Feuerwehrleute im Einsatz und einige Freiwillige. So war die Beseitigung des Öls bis abends geregelt. Jetzt hatten wir gerade in der Dunkelheit Flut. Nachdem ich den ganzen Tag im Büro gesessen habe, bin ich abends noch mal rausgefahren und habe dann gesehen, was auf uns zukommt. So im letzten Dämmerlicht - das müssen Sie sich vorstellen; das war ein scheußliches Bild für uns - trieb dann ein Ölbereich, der jetzt aber nicht an Land kam, sondern mit der Ebbe so langsam wieder rausging, aber für uns absehbar war, daß er am anderen Morgen am Strand liegt.

Stellv. Vorsitzender: Also, Sie sind mißverständlicherweise davon ausgegangen, daß da Katastrophenalarm ausgelöst worden sei.

Olufs: Ja, und das hat leider dazu geführt, daß ich dann am Abend des Sonntages nach der Lagebesprechung mit den Feuerwehren Bundeswehr angefordert habe über den Landrat. Gut, wir konnten es nicht besser wissen. Ich weiß auch heute noch nicht, weshalb das Staatliche Umweltamt Katastrophenalarm ausgelöst hat. Sie sind gar nicht befugt dazu. Das könnte eigentlich nur der Landrat. Bloß, das hat uns völlig aus der Bahn geworfen. Wäre vielleicht besser gewesen - das erlaube ich mir jetzt auch zu sagen -; denn die Katastrophenschiene wäre mit Sicherheit besser gelaufen.

Stellv. Vorsitzender: Sagen Sie mal: Von wem haben Sie diese Information denn erhalten, daß da Katastrophenalarm ausgelöst sei?

Olufs: Die Sirenen liefen.

Stellv. Vorsitzender: Noch mal; das habe ich nicht verstanden.

Olufs: Die Sirenen wurden ausgelöst.

(Unruhe - Zurufe)

Vorsitzender: Augenblick! Der Abgeordnete Maurus hat das Wort.

Stellv. Vorsitzender: Gut, und weil die Sirenen liefen, haben Sie daraus geschlossen, daß jetzt Katastrophenalarm ausgelöst ist. Aber schriftlich haben Sie da nichts bekommen, keine Informationen?

Olufs: Nein.

Stellv. Vorsitzender: Gut. Also, es war, wie sich dann ja auch rausgestellt hat, ein Mißverständnis?

Olufs: Nein, es war kein Mißverständnis. Das Staatliche Umweltamt war ja wohl zuständig. Das hat etwas länger gedauert, bevor wir das kapiert haben. Bloß, in dem

Moment, wo Alarm ausgelöst wird - wir kennen die Zeichen ja - und der nicht wieder aufgehoben wird, müssen wir davon ausgehen, daß Katastrophenalarm besteht. Deshalb habe ich auch Verstärkung, die wir dringend brauchten, über den Landrat angefordert.

Stellv. Vorsitzender: Die Zuständigkeiten in der ganzen Geschichte, die sind Ihnen eigentlich klar nie dargestellt worden?

Olufs: Ich habe da nachgefragt, beim ALR. Da war ein sehr vernünftiger Mitarbeiter. Der hat dann gesagt: Ja, ich glaube wir sind zuständig. - Bloß, das half uns nicht viel, und vor allen Dingen: Wir hatten nicht viel Zeit zum Telefonieren. Das Öl lag am Strand und mußte weg. Allerdings einen Tag später bin ich dann auf einen Herrn Dr. Oelerich gestoßen, der dann wirklich versucht hat, die Sache in den Griff zu bekommen.

Stellv. Vorsitzender: Also, Sie sind dann auf die Suche nach einem Zuständigen gegangen, der Ihnen sagen kann, was Sie als nächstes zu machen haben, oder der Sie unterstützen kann, und dabei haben Sie Herrn Dr. Oelerich als Ansprechpartner gefunden?

Olufs: So ist es richtig; denn wir wußten ja nicht, wohin mit dem Öl und wer übernimmt die Kosten. Am Sonntag war das kein Problem. Aber am Montag sollten die Leute wieder zur Arbeit. Das sind alles ehrenamtliche Leute.

Stellv. Vorsitzender: Ab wann ist das denn mal in geordnete Bahnen - so will ich das mal sagen - gelenkt worden? Wann hatten Sie Ihren festen Ansprechpartner? Wann hatten Sie Unterstützung?

Olufs: Damit wir das jetzt ganz genau hinkriegen - -

(Herr Olufs blättert in seinen Unterlagen)

Am 09.11. um 9:29 Uhr.

Stellv. Vorsitzender: Ab 09.11., 9:29 Uhr, kannten Sie Ihre Ansprechpartner, ist Ihnen

Unterstützung zugesagt worden. Sie haben dann auch noch einen Berater, wie wir vorher in der Vernehmung von Herrn Jungclaus gehört haben, zur Seite gestellt bekommen. Wann ist der auf Föhr eingetroffen?

Olufs: Der kam ebenfalls am 09.11., um 17:00 Uhr.

Stellv. Vorsitzender: Gut. Und danach? Sie hatten ja vorher gesagt, Sie wußten in der ersten Phase nicht, wohin mit dem Öl, wohin oder auch woher mit dem Gerät. Das ist dann alles vernünftig geregelt worden in der Folge über das ALR und das Staatliche Umweltamt?

Olufs: Ja, in dem Moment, wo der - ich sage mal - Ölberater da war, lief das in wesentlich bessere Bahnen. Was allerdings noch problematisch war: Offensichtlich waren die nicht mit ausreichenden Vollmachten ausgestattet; denn die mußten auch immer dann bei Herrn Wienholdt oder bei Herrn Kesting Rückfrage halten, was zu erheblichen Verzögerungen dann geführt hat. Aber dieser Ölberater war sehr wichtig für uns.

Stellv. Vorsitzender: Wie hieß der? Wissen Sie das noch?

Olufs: Von Beuningen.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank. - Sie hatten dann auch politischen Besuch auf der Insel. Der Minister war ja da und auch die Ministerpräsidentin. Sie haben da auch eine gemeinsame Lagebeurteilung durchgeführt. Haben Sie dort noch Vorschläge machen können?

Olufs: Na ja, da ging es eigentlich um Schadensbegrenzung. Die notwendige Unterstützung hatten wir in der Hinsicht also nicht. Ich möchte das an einem anderen Beispiel erläutern. Wir hatten alle Container, die auf der Insel waren, angemietet, immer noch ohne zu wissen, wer sie bezahlt. Diese Container waren nun mittlerweile voll, und da das Öl sehr dünnflüssig war, fingen die an überzulaufen, was ja der Umwelt auch nicht

gerade so dient. Daraufhin haben wir den Vorschlag gemacht, ein Frachtschiff in den Hafen zu legen und die Container direkt dort reinzukippen. Das wurde uns von Herrn Kesting abgelehnt; das wäre zu teuer und zu kompliziert. Daraufhin hat man dann eine Art Landungsboot, „Sardine“ mit Namen, losgeschickt mit Containern. Da waren wunderschöne 10-m³-Container drauf. Bloß, es stellte sich sehr schnell heraus: Die konnten bloß mit 3 m³ befüllt werden, weil sie sonst in Dagebüll nicht verladen werden konnten. Das hat dazu geführt, daß man nach zwei Tagen doch ein Frachtschiff hingelegt hat.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank. - Ich habe zum Abschluß nur noch eine Frage. Die Saison beginnt jetzt bei Ihnen ja. Wie sieht es denn auf Ihren Stränden aus?

Olufs: Die Strände sind jetzt sauber.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone!

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ich glaube, hier liegt bis heute ein Mißverständnis vor bei Ihnen; denn Katastrophenalarm ist tatsächlich zu keinem Zeitpunkt ausgelöst worden, auch wenn die Sirenen möglicherweise gegangen sind. Dann fragt sich: Wer ist bei Ihnen eigentlich für die Sirenen zuständig?

Olufs: Herr von Hielmcrone, ich fürchte, jetzt haben Sie was nicht richtig mitbekommen. Die sind von der Leitstelle Husum im Auftrag von Dr. Oelerich ausgelöst worden.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Tatsache ist trotzdem, daß zu keinem Zeitpunkt Katastrophenalarm ausgelöst wurde. Es muß also irgendwo ein Mißverständnis vorgelegen haben.

Olufs: Wenn unsere Sirenen laufen, dann haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder es ist Feuersalarm, oder es ist Katastrophenalarm, und es war Katastrophenalarm; ich versichere Ihnen das.

(Unruhe)

Herr von Hielmcrone, ich bin seit 1982 Abschnittsführungsleiter im Katastrophenschutz. Ich kenne die Signale. Aber ich will das gerne aufklären; ich habe es inzwischen erfahren.

Es hat daran gelegen - das war auch - zeigte wieder, wie wenig professionell das Ganze gelaufen ist -: Man hat die Föhler Feuerwehren alarmieren wollen, was ja auch vernünftig war. Nur, wir haben den sogenannten stillen Alarm. Dann kommen nicht soviel Neugierige; das hat sich sehr bewährt. Nun hatte eine Gemeinde keine stille Alarmierung. Deshalb soll man wohl das Ganze ausgelöst haben.

Vorsitzender: Pragmatische Lösung.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Jetzt sind wir alle schlauer. Also, Katastrophenalarm ist insofern nicht ausgelöst worden. Das diente nur der Informierung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Richtig?

Olufs: Aber wir mußten davon ausgehen, daß es Katastrophenalarm war.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ja, das ist ja auch in Ordnung. Ich wollte dieses Mißverständnis nicht stehenlassen.

Wie klappte denn die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Staatlichen Umweltamtes?

Olufs: 50 : 50.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Dann halte ich Ihnen wirklich vor: Zu dem Zeitpunkt, als wir - der Kollege Fleskes und ich - auf der Insel waren, haben Sie mir noch gesagt, das sei gut.

Olufs: Mit dem Herrn Dr. Oelerich war das gut, und mit dem Herrn von Beuningen war es sehr gut. Aber es gab auch einige andere. - Sie wollen es jetzt hören?

(Zurufe: Ja!)

Am Sonntag abend hatten wir eine Besprechung mit den Feuerwehrleuten; ich habe das schon angedeutet. Es war feststellbar oder voraussehbar, daß wir ungeheure Ölmengen bekommen, was sich ja auch bewahrheitet hat. Daraufhin habe ich auf Wunsch der Wehrführer Bundeswehr angefordert, allerdings über den Landrat, was ich ja jetzt weiß, was falsch war. Daraufhin hat sich aber der Landrat in Verbindung gesetzt mit Herrn Kesting. Herr Kesting hat eine Verstärkung oder Helfer abgelehnt mit der Begründung, es wäre ja gar nicht so schlimm. Wie er das beurteilt hat von Kiel aus, ohne daß irgend jemand vom Staatlichen Umweltamt oder vom Umweltministerium vor Ort war, bleibt sein Geheimnis.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Wollen Sie damit sagen, daß Sie zu diesem Zeitpunkt zu wenig Mitarbeiter auf der Insel gehabt haben?

Olufs: An dem Sonntag nicht, und an dem Montag ging es auch noch. Bloß, wenn jetzt am Dienstag mehr gekommen wäre - das wissen wir ja nicht -, dann hätte ich doch meine Feuerwehrleute schützen müssen, damit die dann, wenn der große GAU kommt - - Das sind jetzt die Worte von Minister Steenblock. Wir haben ja vereinbart - - Ich habe auch Kontakt mit Minister Steenblock gehabt. Im Gegensatz zu anderen kann ich mich über Minister Steenblock nicht beklagen. Er hat rechtzeitig mit mir Kontakt gesucht. Nur, ich hatte auch den Eindruck, als wenn seine Mitarbeiter da nicht immer mitgezogen haben; denn ich habe die Leute nicht bekommen. Ich habe dann - - Gut. Ich muß das wohl ein bißchen ausführlicher erläutern.

An jenem Montag - das war dann der 09. - ist mein Kollege Herr Roth nach Husum gefahren, hat Kontakt mit dem Landrat aufgenommen und hat von da aus versucht, etwas zu bewegen. Sie können nicht - - Wir haben etwa 240 Feuerwehrleute. Die waren nun zwei Tage im Einsatz. Die können Sie nicht beliebig jeden Tag dort wieder einset-

zen. Haben wir gesagt: Jetzt müssen wir unsere ehrenamtlichen Kräfte schonen und das auf die hauptamtliche Schiene schieben. War auch so mit Herrn Wienholdt zum Beispiel abgesprochen und mit Herrn Oelerich. Bloß, die Bundeswehr - - Irgendwie funktionierte das nicht. Aber wir haben dann am Mittwoch 30 ALR-Leute bekommen und am Tag darauf Verstärkung durch THW.

Vorsitzender: Tag darauf ist der Donnerstag, der 12., dann gewesen. Schauen Sie noch mal nach!

Olufs: Ach! Am 11.11. sind die ALR-Leute gekommen und am 14. die THW-Leute.

Vorsitzender: Am 14. - Danke. - Herr Schlie!

Abg. Schlie: Herr Olufs, ich will noch mal nachfragen, damit hier nicht eventuell ein falscher Eindruck im Raum stehenbleibt. Die Einschätzung über das Öl, das jeweils dann bis in diesen Zeitraum, bis 9. hin, eventuell auf die Insel - - anlandete, die haben Sie selber vornehmen müssen. Ist das richtig?

Olufs: Am 09. und 10., ja.

Abg. Schlie: Am 09. und 10., ja. Es gab für Sie erkennbar keine Planung, Koordinierung, Vorsorge, so daß die Strukturen, wie das denn alles abzulaufen hat mit dem Einsammeln, mit dem Verbringen, mit den Containern, die zur Verfügung gestellt werden - - Daß das alles geklärt war, das war für Sie nicht erkennbar?

Olufs: Das habe ich zusammen mit Kollege Roth aus der Stadt Wyk allein organisieren müssen.

Abg. Schlie: Genau. Das schien mir eben ein bißchen in die falsche Interpretation bei einigen zu gehen. Deswegen wollte ich das noch mal ganz klar zum Ausdruck bringen.

Olufs: Wenn ich das ergänzen darf, Herr Schlie. Wir haben das folgendermaßen geregelt: Wir haben nicht solange überlegt. Wir sind angefangen, Öl zu sammeln, und dann

haben wir gesagt: So, jetzt müssen wir sehen, wie wir weiterkommen. - Ich habe in Absprache mit dem Betriebsleiter des ALR - - den habe ich motivieren können, daß er morgens - wir hatten die Flut ja leider im Dunkeln und konnten nichts erkennen - - daß die morgens mit zwei Traktoren die Inselküste abgefahren sind, also von beiden Punkten angefangen und sich in der Mitte getroffen haben und dann mir eine Meldung gegeben, und ich habe das dann vor Ort dem Amtswehrführer weitergegeben. Also, es funktionierte denn schon. Wir wußten schon, was da - - Aber erst mit der Ankunft von Herrn von Beuningen war das Umweltministerium informiert über den tatsächlichen Vorfund.

Abg. Schlie: Ist klar. - Dann lassen Sie mich noch eine Frage stellen. Die Alarmierung, von der Sie ausgehen mußten aufgrund des Signals, daß es sich um eine Katastrophenschutzalarmierung handelte, sollte ja dazu dienen, daß die Feuerwehren insgesamt auf der Insel dann in Bereitschaft kamen. Hätte es denn aus Ihrer Sicht heraus auch eine andere Möglichkeit noch gegeben - Sie sagten ja, eine Ortswehr war nicht ausgestattet mit diesem Piepernetz -, um das auch sicherzustellen?

Olufs: Jeder Mensch hat ein Handy heute.

Abg. Schlie: So ist das. Dann wäre außerhalb dieses dann ja Verwirrung stiftenden Signals eben auch die Möglichkeit gewesen, das über Telefonkontakte auch herzustellen, daß alle Wehren eben in Alarmbereitschaft - -

Olufs: Da es nur eine Wehr war, wäre das wohl kein Problem gewesen.

Abg. Schlie: Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Hentschel!

Abg. Hentschel: Ist der Nationalparkservice auch eingesetzt worden?

Olufs: Der Nationalparkservice hat sich sehr früh gemeldet und seine Hilfe angeboten. Nur, wir hatten ja schon ziemlich früh ver-

ölte Vögel, und es schien mir sehr sinnvoll, daß die eben in diesem Bereich dann tätig gewesen sind.

Abg. Hentschel: Ach so. Die haben in dem Bereich dann mitgearbeitet?

Olufs: Ja.

Abg. Hentschel: Sie sagten, Sie haben direkt mit Minister Steenblock geredet. Was haben Sie mit ihm beredet, und wie hat er darauf reagiert?

Olufs: Ich war mit dem Gespräch sehr zufrieden. Was haben wir beredet? Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß da einige Dinge nicht gut funktionieren. Ich will Ihnen gern auch noch ein weiteres Beispiel erörtern.

THW, 15 Leute hatten wir bekommen, und diese 15 Leute haben dann zusammen mit den ALR-Leuten den Strand gereinigt, weil wir ja unsere, wie gesagt, in Reserve halten wollten, falls da Schlimmeres passiert. Da haben wir dann die Feststellung gemacht, daß die ALR-Leute, die teilweise vom Festland kamen, um 15:30 Uhr den Spaten fallengelassen haben, sehr zur Freude der Ehrenamtlichen, die bis zum Dunkelwerden gemacht haben. Dann blieben natürlich die THW-Leute zuletzt damit sitzen. Die haben dann am 14. nachmittags Verstärkung angefordert. Es waren 15 Mann dort, drei Mann für die Versorgung.

Daraufhin hatte ich beantragt eine weitere Verstärkung bis zu 25 Mann, die mir von Dr. Oelerich zugesagt wurde. Dann allerdings habe ich eine ganze Zeit nichts gehört. Um 20:00 Uhr abends rief Herr Kesting mich an mit einem sehr arroganten Ton, wie mir eigentlich so zumute wäre, so was mündlich zu machen; das hätte ich gefälligst schriftlich in Ausführung zu machen - das müssen Sie sich mal vorstellen, in dieser Streßsituation, in der wir waren -, und es gäbe einen entsprechenden Erlaß. Bloß, den Erlaß hat man uns nie gezeigt. Ich habe ihn mittlerweile da.

Ich habe mich eine Weile mit ihm rumgestritten. Wir hatten wirklich anderes zu tun, als Bürokratismus nachzuempfinden. Deshalb habe ich anschließend dann den persönlichen Referenten von Steenblock angerufen. Was da nun gelaufen ist, weiß ich nicht, Herr Hentschel. Aber um 21:00 Uhr kriegte ich Bescheid: Die Verstärkung kommt. - Ich gehe davon aus, daß der Minister sich eingeschaltet hat.

(Abg. Kubicki: Das muß nicht unbedingt so sein!)

Vorsitzender: Herr Kubicki!

Abg. Kubicki: Herr Amtsvorsteher, diese Sirengeschichte interessiert mich ja doch in besonderer Weise, weil Sozialdemokraten das für eine pragmatische Maßnahme halten offensichtlich, einen bewußten Fehlalarm auszulösen.

(Zuruf)

- Ja, hat der Vorsitzende gesagt: Das ist eine pragmatische Lösung.

Sind Sie denn, nachdem der Alarm ausgelöst worden war, Katastrophen- - und es rennen alle los, weil sie denken, nun ist eine Katastrophe da. Sind Sie denn mal unterrichtet worden über Handy, schriftlich, Fax, daß das nur der Unterrichtung der Bereitschaft diene und daß es keine wirkliche Katastrophe war?

Olufs: Nein. Das habe ich erst Tage später erfahren.

(Zuruf des Abg. Fleskes)

Abg. Kubicki: Ich höre gerade, Herr Kollege Fleskes: Hätte zurückrufen können. - Sagen Sie mal, das erste, wenn ein Feuerwehrmann eine Sirene hört, ist: Er läuft los. Er ruft doch nicht zurück, ob der Alarm in Ordnung ist.

(Heiterkeit)

Das sind Vorstellungen hier, die - -

(Abg. Benker: Bei der Sirene wissen sie doch nicht, wo es brennt!)

- Ich sehe, daß künftige Katastrophen bei Ihnen in guten Händen sind, bei diesen Formulierungen.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk!

(Unruhe - Zurufe)

Es hat die Abgeordnete Frau Spoorendonk das Fragerecht.

Abg. Spoorendonk: Ich will denn noch mal feststellen: Ich kann sehr wohl nachvollziehen, daß man, wenn man Sirenen hört, dann der Meinung ist, es sei Katastrophenalarm. Das kann ich gut nachvollziehen.

(Zuruf des Abg. Kubicki)

- Laß das! - Ich wollte noch mal nachfragen, weil mich das denn doch interessiert. Sie sagten, Sie hätten eine gute Zusammenarbeit gehabt mit dem Berater, Herrn von Beuningen. Aber er hätte denn doch nicht genügend Befugnisse gehabt. Er müßte immer wieder zurückrufen, und dann hat er anscheinend immer bei dem Abteilungsleiter im Umweltministerium, Herrn Kesting, anrufen müssen.

Olufs: Oder bei Herrn Wienholdt.

Abg. Spoorendonk: Oder bei Herrn Wienholdt. Können Sie Beispiele dafür geben, wo das mit den Befugnissen vor Ort nicht klappte?

Olufs: Na ja, zum Beispiel wie ich schon mit der Ölentsorgung genannt habe. Dort war Herr von Beuningen absolut der Meinung, daß wir dort eine sehr praktikable Lösung hatten, und hat dann mit Herrn Kesting oder Wienholdt - das weiß ich nicht immer - gesprochen, und da kam ein klares Nein. Da hat er gesagt: Was soll ich jetzt machen? Ich weiß genau, das ist falsch, was wir jetzt machen. Bloß, ich kann das nicht.

Abg. Spoorendonk: Können Sie noch weitere Beispiele nennen?

Olufs: Na ja, es ist die Summe der kleinen Dinge, die dann zusammenkommt. Sie müssen sich immer das vorstellen, was eine Ölverschmutzung für den Strand in Richtung Fremdenverkehr bedeutet. Also, es war eine derartige Aufregung auf der Insel. Ich habe schon den Sonntag abend angesprochen; da bin ich am Strand gewesen. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nicht - ich bin schon ziemlich lange in der Politik, seit 61; in der Kommunalpolitik, nicht Politik - - daß dann so viele Leute - - Da haben gestandene Männer am Strand gestanden, die haben geweint wie die Schoßhunde, sei es aus Wut, sei es aus Verzweiflung. Also, es war eine solche Stimmung. Herr von Hielmcrone und Herr Fleskes haben das teilweise noch mitgekriegt, als sie da waren. Die Stimmung war derartig explosiv, und wir kleinen Ehrenamtlichen, die stehen dazwischen.

Abg. Spoorendonk: Wissen Sie, Sie sagten vorhin so ein bißchen, wie könne denn Herr Kesting das wissen; er könne das von Kiel aus ja nicht sehen. Ist Herr Kesting eigentlich mal vor Ort gewesen?

Olufs: Ich habe Herrn Kesting nicht gesehen.

Abg. Spoorendonk: Danke.

Vorsitzender: Herr Benker!

Abg. Benker: Noch mal zurück zu dem Alarm, und zwar weil das eine spannende Geschichte ist; denn - nur um das mal zu sagen - es gibt nur zwei Stellen im Kreis, in denen das sektoral ausgelöst werden kann. Also muß es von irgend jemandem veranlaßt worden sein, das auszulösen. Landesweit würde es zum Beispiel in Hohenwestedt - - Dort ist die Zentrale für die Auslösung.

Ich komme noch mal zurück. Wenn das mit dem Hintergrund, den Sie geschildert haben, Feuerwehr und Alarmierung war, muß es ja mit irgend jemandem ein Vorgespräch gege-

ben haben, zu diesem Schritt zu greifen. Zwischen wem hat das stattgefunden?

Olufs: Meine Beteiligung war insoweit, daß ich Herrn Oelerich mitgeteilt habe, daß ich die Feuerwehren brauche. Der Rest ist dann ohne meine Beteiligung gelaufen.

Abg. Benker: Nachdem dieser Alarm dort ausgelöst worden ist - wahrscheinlich von der Katastrophenleitstelle des Kreises; da muß ja dann die Verbindung hergestellt worden sein -, dann mußten Sie davon ausgehen: Es ist Katastrophenalarm ausgelöst. - Haben Sie darüber hinaus den stillen Alarm für die Feuerwehr ausgelöst?

Olufs: Der wird ebenfalls von der Leitstelle in Husum ausgelöst.

Abg. Benker: Haben sie auch dort - - Ist der ausgelöst worden?

Olufs: Der ist ausgelöst worden.

Abg. Benker: Zusätzlich.

Olufs: Zusätzlich.

Abg. Benker: Nun bedeutet ja dieses Signal - - hat ja dieses Signal zwei Elemente, nämlich nicht nur allgemeinen Katastrophenalarm, sondern auch: Die Bevölkerung wird aufgefordert, die Rundfunkgeräte einzuschalten. - Denn im Gegensatz zu Ihrer Aussage kann man nicht irgendwo hinlaufen, weil auch die Fluchtbewegungen und alles dann geordnet werden muß. Das erfolgt ja über Rundfunk; denn wenn Flut kommt oder Öl oder Sperren oder was weiß ich - - Ist darüber hinaus etwas geschehen in der Richtung, also Rundfunk - sage ich jetzt mal - oder innerörtliche Informationen?

Olufs: Nein, über Rundfunk ist gar nichts gelaufen. Da hatten wir auch genug Probleme, um diese Anfragen zu befriedigen. Nein. Aber Sie gehen jetzt von falschen Voraussetzungen aus. Wir haben - - Ich habe ja mehrere Sturmfluten schon mitgemacht. Wenn Katastrophenalarm ausgelöst wird,

was kommt, ist die Feuerwehr und eine Handvoll Verlesener.

Abg. Benker: Alles richtig. Nur, zur Beruhigung, weil man ja nicht weiß, was ist, ist ja gerade dieses Rundfunk-Einschalten eine Auflage dieses Alarms. Da ist aber nichts passiert in der Richtung?

Olufs: Da ist nichts passiert, weil wir von uns aus ja ziemlich schnell erkannt haben: Das kann gar keine Katastrophe sein; denn eine Katastrophe kann es ja nur sein, wenn die Ordnungsämter - -

Abg. Benker: Okay. Das wollte ich fragen. Danke.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone!

Abg. Dr. von Hielmcrone: Haben Sie mal bei der Einsatzleitstelle in Husum nachgefragt, warum sie Katastrophenalarm ausgelöst haben?

Olufs: Herr von Hielmcrone, was meinen Sie, was ich zu tun hatte.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Zwischenzeitlich ist ja nun eine gewisse Zeit ins Land gegangen. Es ist ja ein ungewöhnlicher Vorgang; das müssen Sie doch zugeben. Es wird Katastrophenalarm ausgelöst. Hinterher stellen Sie fest, es ist überhaupt keine Katastrophe, sondern es soll nur eine Ortsfeuerwehr alarmiert werden. Da fragt man doch mal nach, oder? Ich meine, gut, es gibt Wichtigeres. Aber es ist ja ein merkwürdiger Vorgang. Empfinde ich persönlich jedenfalls als sehr befremdlich.

Olufs: Katastrophenalarm können wir ja nicht auslösen; das kann nur der Landrat. Es hätte ja sein können, daß er das gemacht hat. Das konnten wir ja nicht nachprüfen. Wir waren am Container-Besorgen und - - Wohin mit dem Öl?

Abg. Dr. von Hielmcrone: Also müssen wir da doch noch mal nachfragen.

Vorsitzender: Frau Todsens-Reese!

Abg. Todsens-Reese: Noch mal zu diesem Punkt, Herr Olufs. Ich habe Sie so vorhin verstanden, daß Herr Oelerich in der Einsatzleitstelle des Kreises den Katastrophenalarm hat auslösen lassen. Ist das so richtig?

Olufs: So ist es mir berichtet worden. Ich bin nicht dabeigewesen.

Abg. Todsens-Reese: Habe ich Sie eben richtig verstanden, daß Sie vorher mit Herrn Oelerich telefoniert haben und ihn gebeten haben, den Alarm für die Feuerwehren, und zwar den stillen Alarm, auszulösen?

Olufs: Ich habe Herrn Dr. Oelerich um Verstärkung gebeten. Da hat er gesagt: Dann löse ich den stillen Alarm für die Feuerwehren aus.

Abg. Todsens-Reese: Aber wie das dann im Detail weiter abgelaufen ist, wissen Sie jetzt nicht?

Olufs: Nein.

Abg. Todsens-Reese: Aber das Signal, das dann zu hören war, war das Signal für den Katastrophenalarm und nicht Feueralarm?

Olufs: Korrekt.

Abg. Todsens-Reese: Danke dazu. - Sie hatten dann ein anderes Thema vorhin ganz kurz angesprochen und gesagt, die Mitarbeiter vom ALR seien vor Ort im Einsatz gewesen, hätten dann aber nachmittags bei Feierabend den Spaten fallen lassen. Ist das richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Olufs: Präzise um 15:30 Uhr, weil sie um 16:00 Uhr mit der Fähre fahren wollten.

Abg. Todsens-Reese: Wer hatte denn für diese Mitarbeiter des ALR sozusagen das Einsatzkommando?

Olufs: Frau Todsens, das war ein derartiges Durcheinander, das kann ich nicht beantworten. Wir haben nämlich anschließend noch - das ist auch ein weiteres Thema - ein

Kompetenzgerangel zwischen StUA und ALR gehabt, weil dann ging es nämlich los: mittleres Tidehochwasser; oberhalb sind wir überhaupt nicht zuständig. Was sollen wir da überhaupt? - Aber da werden interne Gespräche mit dem ALR geführt.

Abg. Todsens-Reese: Würden Sie das also insofern für ein auch Problem halten, daß man das frühere Amt für Land- und Wasserwirtschaft, das dann ja aufgelöst worden ist und in diese zwei Ämter auseinandergefallen ist, ALR und Staatliches Umweltamt - - doch in der Auswirkung als negativ bewerten?

Olufs: Ja.

Abg. Todsens-Reese: Man hätte vor Ort eigentlich erwartet, daß die Mitarbeiter des ALR dann auch bis zum Abend oder so lange wie nötig den Ehrenamtlichen mit zur Seite gestanden hätten?

Olufs: So hätten wir das gerne gesehen, vor allen Dingen auch vor dem Hintergrund: Wir haben starken Sandflug, und es war ja nun sehr stürmisch. Wenn dieses Öl jetzt mit Sand bedeckt wird und wir es nicht mehr sehen können und es taucht mitten in der Saison vielleicht bei einem anderen Sturm wieder auf, das wäre die Katastrophe gewesen.

Abg. Todsens-Reese: Hat es denn früher mal Situationen gegeben, an die Sie sich erinnern können, wo die Mitarbeiter aus dem Amt für Land- und Wasserwirtschaft dann auch länger zur Verfügung gestanden haben und mitgearbeitet haben, oder hat es solche Fälle einfach nicht gegeben?

Olufs: Es war Gott sei Dank mein erster Ölunfall.

Abg. Todsens-Reese: Danke schön.

Vorsitzender: Herr Hentschel!

Abg. Hentschel: Ich wollte noch mal auf einen Punkt eingehen. Sie haben ja durch das Auslegen von Ölsperren die Godel-

Niederung geschützt. Können Sie darüber noch mal berichten? Das ist ja ein Vorgang, der ist bisher noch gar nicht zur Sprache gekommen.

Olufs: Ja. Man ist ja immer sehr besorgt um unsere Natur; das sind wir auch. Nur, gerade in solchen Fällen hatte man daran nicht gedacht. Das ist relativ spät passiert. Wir haben Druck gemacht, muß ich Ihnen ehrlich sagen. Wir haben gesagt: So, was ist jetzt? Auf der einen Seite müssen wir für die Natur sein, auf der anderen Seite: Da ist jetzt eine Gefahr, und da wird jetzt wegen ein paar Mark keine Sperre ausgelegt. - Wir hatten nämlich nicht genügend Material. Das hat aber Herr von Beuningen dann hervorragend geregelt, indem er vom Festland kurzfristig was rübergebracht hat.

Abg. Hentschel: Und das beruht auf Ihrer Initiative?

Olufs: Auf unserer. Meistens ist es nie einer alleine.

Abg. Hentschel: Vielen Dank. Ich wollte nur, daß das erwähnt wird, weil Sie sich da ja auch hervor getan haben.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk!

Abg. Spoorendonk: Ich bin noch mal bei diesem Katastrophenalarm. Also, das hat Verwirrung gestiftet. Aber sonst hat das doch eigentlich nichts ausgemacht. Ich meine, jetzt ist das so hochgekocht worden, aber an - - Also, Sie haben gesagt, es gibt dieses Kompetenzgerangel und Sie haben versucht, Verstärkung anzufordern. Aber ansonsten haben Sie ja eigentlich doch gehandelt. Also, von Ihrer Darstellung her haben Sie sich ja sehr wohl mit der Sache befaßt.

Olufs: Ja. Ich war ja auch der einzige, den Sie an Kragen kriegen konnten.

(Heiterkeit)

Nein. Wir sind auf so was eingestellt, und wir wissen, daß bei einer Katastrophe - sei es Sturmflut oder sei es was - Hilfe vom Fest-

land nicht kurzfristig kommen kann. Bloß, sauer bin ich natürlich darüber, weil ich mich irreleiten habe durch den Katastrophenalarm und habe dadurch die falsche Schiene gewählt. Ich hätte ja über das StUA sollen. Aber es gibt auch positive Effekte; denn als das nun bekannt wurde, hat die Staatssekretärin aus dem Bundesumweltministerium mich sofort angerufen und hat gesagt: Was ist da los bei euch da oben? - Habe ich ihr das erzählt. Da sagte sie: So, wenn du jetzt haben willst, dann rufe mich an: Ich spreche mich mit meiner Kollegin aus dem Verteidigungsministerium; dann kommen die direkt von dort.

(Heiterkeit)

Herr von Hielmcrone, ich muß hier die Wahrheit sagen.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

(Unruhe)

Der Abgeordnete Kubicki hat das Wort.

Abg. Kubicki: Der Herr Kollege Benker hat mich auf einen Gedanken gebracht, und den möchte ich jetzt bei Ihnen, Herr Olufs, noch mal unterbringen; denn mit dem Katastrophenalarm wird ja nicht nur die Feuerwehr unterrichtet, sondern auch die Bevölkerung. Meine Frage ist: Hat es aufgrund des Katastrophenalarms bei Ihnen vermehrte Anfragen gegeben, Telefonate, Faxe, besorgte Bürger, die gefragt haben, was sie nun tun sollen?

Olufs: Es haben Private angerufen: Was ist los?

Vorsitzender: Schönen Dank, Herr Amtsvorsteher. Es liegen keine weiteren Fragen vor. Ich bedanke mich, daß Sie so intensiv und ausführlich geschildert haben. Wir wünschen Ihnen mit Ihrem Kollegen Jungclaus zusammen eine gute Heimfahrt nach Nordfriesland.

Olufs: Danke.

Schluß: 12:59 Uhr